

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE GESTALTUNG DES POSTSOWJETISCHEN RAUMES DIE ZUKUNFT DER FRANZÖSISCHEN OSTEUROPAPOLITIK

- | | | |
|-----------------|--|----------|
| ■ ANALYSE | | |
| | Eurasische Union – Alte Integrationsidee mit neuem Namen
Katharina Hoffmann, Zürich-Birmingham | 2 |
| ■ ANALYSE | | |
| | Ein neues Etikett für Russlands Politik im GUS-Raum
Uwe Halbach, Berlin | 5 |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| | Internationale Organisationen in Europa | 8 |
| ■ ANALYSE | | |
| | Frankreichs Russlandpolitik nach den Präsidentschaftswahlen:
Zäsur, Neuausrichtung oder status quo?
Mariella Falkenhain, Berlin | 11 |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| | Pressemitteilung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft
Wirtschaftswachstum durch Visa-Liberalisierung
Gemeinsamer Visa-Appell großer deutscher Wirtschaftsverbände
Wirtschaftswachstum durch Visa-Liberalisierung
Gemeinsamer Appell für eine schrittweise Überwindung des Visa-Systems in Europa | 14
15 |
| ■ UMFRAGE | | |
| | Nachlese zu den Wahlen 2011 und 2012 | 16 |
| ■ CHRONIK | | |
| | Vom 14. April bis zum 3. Mai 2012 | 24 |



Eurasische Union – Alte Integrationsidee mit neuem Namen

Katharina Hoffmann, Zürich-Birmingham

Zusammenfassung

Auf Initiative von Wladimir Putin kündigten Russland, Belarus und Kasachstan im Oktober 2011 die Gründung der »Eurasischen Union« als neues Integrationsformat für den postsowjetischen Raum an. Die Union soll auf der Zollunion aufbauen und einen substantiellen Schritt in Richtung Integration des postsowjetischen Raums darstellen. Ein verändertes Verständnis von Integration lässt sich jedoch nicht erkennen – verändert hat sich nur die Rhetorik. Daher ist das Integrationspotential der Eurasischen Union gering und für die »Neuen Unabhängigen Staaten« wenig attraktiv.

Putins »Eurasische Union«

Die Stärkung regionaler Integration war bereits während Wladimir Putins erster Präsidentschaft ein zentrales Thema. Von Anfang an betrieb er die Reorganisation vorhandener Integrationsforen in vollwertige Regionalorganisationen. Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC), die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS bzw. englisch: CSTO), die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ, englisch: SCO) sind heute relativ stabile Foren für Kooperation – freilich nicht für Integration. In Vorbereitung seiner dritten Amtszeit als Präsident lancierte Putin nun im Oktober 2011 mit den Präsidenten von Belarus und Kasachstan im Schlepptau ein neues Integrationsprojekt: die Eurasische Union. Seither rollt die PR-Maschinerie: Im russischen Fernsehen wird für die Eurasische Union geworben, Entwürfe für das Logo der neuen Union kursieren.

Die bisherigen Ausführungen von russischer, belarussischer und kasachischer Seite zur Eurasischen Union vermitteln allerdings nur eine vage Vorstellung von dieser Organisation. Hervorgehen soll sie aus einer Erweiterung der Eurasischen Wirtschaftsunion, deren Etablierung die *Trojka* – Russland, Kasachstan und Belarus – bis Januar 2016 plant. Deutlich wird aus Putins Äußerungen eins: Die Eurasische Union soll anders sein als bisherige Organisationen im postsowjetischen Raum und ein ähnliches Konzept haben wie die EU. Im Vergleich zu vorherigen Anläufen passt Putin die Rhetorik in der Tat dem EU-Konzept an. Das Versprechen freiwilliger politischer und wirtschaftlicher Integration gleichrangiger souveräner Partner in eine supranationale Organisation begleitete auch frühere Projekte, neu ist hingegen der Fokus auf die Gesellschaft, deren Wohlfahrt und die Einbindung nicht-staatlicher Akteure in den Integrationsprozess. Auch wertegerleitet soll die Eurasische Union sein. Die Betonung von Demokratie und Freiheit und Marktwirtschaftlichkeit klingt aus dem Munde dreier autoritärer Politiker indessen nicht sehr überzeugend. Integration wird von Putin im Übrigen erstmalig nicht in

Abgrenzung, sondern in Einklang mit der EU beschrieben. Dies soll vorrangig den Integrationswillen der EU-orientierten Staaten, v. a. der Ukraine, stärken und den Weg für eine Integration im gesamten russischen Nachbartschaftsraum ebnen – ein lang gehegter Wunsch.

Lukaschenkos Eurasische Union: Wenig Alternativen

Putins Vorlage wurde von den Partnern unterschiedlich interpretiert. Der seit 2011 wieder zum artigen Unterstützer postsowjetischer Integration avancierte belarussische Präsident Alexander Lukaschenko stützt Putins Vorstellungen und geht sogar über diese hinaus. Er proklamierte die Umsetzung der Eurasischen (Wirtschafts-)Union vor 2015 und rief zur Diskussion über eine gemeinsame Währung auf. In seinen Bemerkungen verweist Lukaschenko häufig auf eine angebliche Unterlegenheit der EU gegenüber der Eurasischen Union: Die Eurasische Union werde stabiler sein und habe bereits gezeigt, dass sie ungleich der EU nur wenige Jahre, nicht Jahrzehnte für die Integration brauche. Lukaschenko folgt damit einem bekannten Muster. Postsowjetische Integration steht ganz oben auf der Agenda, wenn außenpolitische Alternativen fehlen und Russland im Rahmen der Integrationsprojekte lukrative Anreize schafft, – wie z. B. Vergünstigungen bei Gas und Erdöl aus Russland im Rahmen der Mitgliedschaft in der Zollunion. Ein Auslöser für Lukaschenkos neuerliche Begeisterung für Integration ist wohl auch die wachsende westliche Kritik an seinem Regime und die Sanktionen der EU. Bisher zeigte sich im Fall von Belarus jedoch immer, dass man von Rhetorik und Mitgliedschaft nicht auf unbedingte Integrationsbereitschaft schließen kann.

Nasarbajews Eurasische Union: Widerwillige Akzeptanz

Auch der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew bleibt sich treu, wenn er auf die Eurasischen Union zu sprechen kommt. Er ist bereit, eine substantielle Integration zu unterstützen. Diese Integration soll aber vorran-

gig wirtschaftlich sein, die eigene Souveränität möglichst wenig einschränken und von Kasachstan gleichrangig mitbestimmt werden. Sie soll das eigene Land vor der chinesischen Wirtschaftskraft schützen, nicht aber die eigenen Unternehmen unter russische Kontrolle bringen. Entsprechend betont Nasarbijew die Funktionalität der existierenden Integrationsformate und sieht die Eurasische Union als fernes Ziel. Putins Versprechen der Gleichrangigkeit unter Partnern ist in seinen Augen schon verletzt. Als Putin wenige Wochen nach dem in der Zollunion gemeinsam gestellten Antrag auf Prüfung einer Eurasischen Wirtschaftsunion im Alleingang die Eurasische Union präsentierte, reagierte Nasarbijew bewusst erst mit mehreren Wochen Verspätung. Auch dass Moskau den Sitz der Eurasischen Kommission für sich beanspruchte und Astana nicht als Standort der zentralen Behörde ins Auge fasste, zeigt den geringen Kooperationswillen. Den Übergang von der Zoll- zu einer Wirtschaftsunion begrüßt Nasarbijew, versucht aber diesen hinauszuzögern.

Zollunion und Einheitlicher Wirtschaftsraum

Verkörpern die Integrationsschritte der *Trojka* tatsächlich den Beginn einer neuartigen verbindlichen Integration im postsowjetischen Raum, wie sie von Russland angestrebt wird? In der Tat ist die Schaffung der Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan 2010 bisher einzigartig im postsowjetischen Raum. Wie weit die Bereitschaft zu verbindlicher Integration geht, ist aber ebenso fraglich wie die Neuartigkeit des Integrationsansatzes. Mit der Zollunion wurde 2010 ein Projekt umgesetzt, welches seit 1996 im Raum stand, als dieselben drei Staaten mit der Gründung einer Zollunion über die Zollverhandlungen innerhalb der GUS hinausgehen wollten. Diese Zollunion von 1996 wurde aber auch nach dem Beitritt von Tadschikistan und Kirgistan im Jahre 1999 nicht realisiert. Auf Initiative Russlands wurden 2006 die Verhandlungen innerhalb der *Trojka* reaktiviert. 2009 konnte endlich der 1999 vorbereitete Zollkodex verabschiedet werden, doch 2010 gelang es Russland nur noch knapp, Belarus durch wirtschaftlichen Druck und gesonderte Anreize zur gemeinsamen Inkraftsetzung der Zollunion zu bewegen. Seit Juli 2010 werden Zollfragen über den gemeinsamen Kodex geregelt, wobei bisher nur 48 von 90 Abkommen ratifiziert wurden. Praktiker beschreiben die Wirkung der Zollunion in erster Linie als Erleichterung der Zollbürokratie und weniger als substantielle Veränderungen der vorherigen Zollregulierungen. Wie hoch die Bereitschaft der drei Partnerländer ist, Abkommen zu ratifizieren, die mittelfristig Konsequenzen für ihre Wirtschaft haben, bleibt abzuwarten. Dies wäre tatsächlich eine signifi-

kante Neuerung in den Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum. Bisher nutzt Belarus die Union nicht zuletzt, um die eigene Position im internationalen Handel zu stärken: Auf Grundlage der Zollunion will Belarus im GUS-Raum die gleichen Handelserleichterungen für sich durchsetzen wie sie den attraktiveren Wirtschaftskräften Russland und Kasachstan zugestanden werden. Auf belarussische Initiative warnte Russland die EU und die USA vor wirtschaftlichen Sanktionen gegen Belarus – mit Verweis auf die Zollunion. Nachdem diese bedingt konsolidiert war, wurde 2012 mit dem »Einheitlichen Wirtschaftsraum« der nächste Integrationsschritt in Angriff genommen. Vorgesehen sind die Harmonisierung der Energie- und Transportpolitik sowie die Etablierung umfassender Freizügigkeit von Kapital und Arbeitnehmern. Eine vollständige Implementierung des Einheitlichen Wirtschaftsraumes wurde von 2012 auf 2016 verschoben. Dazu wurde die Kommission der Zollunion, bestehend aus den stellvertretenden Ministerpräsidenten der drei Länder, um ein »Kollegium« aus Delegierten relevanter Ministerien erweitert. Diese Kommission soll als eurasisches Pendant zur Europäischen Kommission den Kern der zukünftigen Eurasischen Union bilden. Bisher bleibt sie jedoch, was Entscheidungsbefugnisse und Besetzung mit unabhängigen Delegierten angeht, weit hinter dem Vorbild zurück. Das Kollegium ist ein intergouvernementales Organ ohne selbständige Befugnisse.

Mit vollständigem Inkrafttreten des Einheitlichen Wirtschaftsraumes soll 2016 die Eurasische Wirtschaftsunion entstehen. Angesichts der bisherigen Integrationschritte beurteilen Experten Zeitplan und Projekt allerdings als überambitioniert. Vorerst lassen sich in der Eurasischen (Wirtschafts-)Union bezüglich Integrationsambitionen, Struktur und dem Verhältnis von Deklaration und Umsetzung vor allem die Charakteristika bisheriger Integrationsprojekte erkennen: Während der Beitritt durch kurzfristige politische und materielle Gewinnhoffnungen angeregt ist, fehlt für konsequente Integration die Bereitschaft zur Abgabe von Souveränität.

Vergleichbare Regionalorganisationen

Die Initiative der *Trojka* für eine integrierte Zollunion als Vorläufer einer Wirtschaftsunion im postsowjetischen Raum hat Vorbilder. Den ersten Vorstoß in diese Richtung unternahm die *Trojka* im Rahmen der GUS, als sie 1994 die Gründung einer Wirtschaftsunion anregte und 1997 das Zwischenstaatliche Wirtschaftskomitee ins Leben rief. Die Union sollte zu einem integrierten Wirtschaftssystem mit gemeinsamer Währung führen. Das Komitee war als supranationales Organ geplant, wurde jedoch allein mit verwaltenden Aufgaben betraut. Das GUS-Wirtschaftsgericht zur Förderung der Umsetzung

von Abkommen erhielt nur empfehlende Kompetenz. Das Ziel eines gemeinsamen Zollraumes wurde nicht erreicht. Der signifikanteste Integrationsschritt war das Freihandelsabkommen, das 1994 verabschiedet wurde. Russland entzog sich als einziger Staat der Ratifizierung, wodurch das Abkommen bisher nur wenig Anwendung findet. 2010 regte Russland vor dem Hintergrund des anstehenden WTO-Beitritts und der Zollunion ein neues Freihandelsabkommen an, das 2011 unterzeichnet wurde. Die Ratifizierung gestaltet sich jedoch problematisch

1996 bildete die *Trojka* daher einen neuen Rahmen für das Integrationsprojekt: die Zollunion, die 1999 um Kirgisien und Tadschikistan erweitert und 2000 in die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsWG, englisch: EurAsEC) überführt wurde. 2006 trat Usbekistan bei. Ziele und Struktur entsprechen weitgehend denen der geplanten Eurasischen Wirtschaftsunion. Auch die EurAsEC orientiert sich im Aufbau an der EU und besitzt ein supranationales Organ. Sie kann aber angesichts der Verteilung der Entscheidungskompetenzen nicht als *de facto* supranationale Organisation gelten. Das EurAsEC-Wirtschaftsgericht wurde erst 2012 aktiviert – es ist auch für die Zollunion von 2010 zuständig. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen dieser Instanz ist umstritten. Die Mitglieder der EurAsEC, welche nicht Teil der Zollunion sind, werden von den Entscheidungen des Gerichts kaum betroffen sein, auch wenn sie Richter dafür stellen, da sie nur wenige Abkommen der EurAsEC unterzeichnet haben. Anreize für die Teilnahme an der EurAsEC erwachsen für Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan vor allem die wirtschaftlichen Vergünstigungen. Dazu zählen ein 2010 geschaffener Stabilisierungsfond über 10 Mrd. US Dollar (7,5 Mrd. aus Russland, 1 Mrd. aus Kasachstan) sowie für EurAsEC-Staaten günstige Kreditbedingung bei der Eurasischen Entwicklungsbank. Dies führt jedoch nicht zu einer stärkeren Beteiligung dieser zentralasiatischen Staaten an EurAsEC-Abkommen.

Die Zollunion von 2010 mit der Perspektive auf eine Eurasische Union im Jahre 2016 sind nun der dritte Anlauf. Eigentlich würde die EurAsEC von ihren Strukturen her ein angemessenes Format für die Idee der Eurasischen(Wirtschafts-)Union bieten. Die Gründung einer separaten Eurasischen Union folgt wohl dem Motto »Neues Spiel, neues Glück«. Mit ihr ist die Hoffnung auf regionale und internationale Aufmerksamkeit sowie verstärkte Integrationsdynamiken verbunden. Letztere werden sich ohne substantielle Änderung des Integrationskonzeptes allerdings kaum einstellen.

Über die Autorin

Katharina Hoffmann promoviert am Centre for Russian and East European Studies an der Universität Birmingham zu Dynamiken regionaler Kooperation im postsowjetischen Raum.

Aussichten der Eurasischen Union

Im Vergleich zu den bisherigen Regionalorganisationen zeigt das neue Modell mit der begrenzten Implementierung der Zollunion immerhin bei der praktischen Umsetzungen der geschlossenen Abkommen erste konkrete Ergebnisse. Auch international stößt die Zollunion zum ersten Mal auf Interesse. Die Organisation verhandelt mit Serbien und Vietnam über Freihandel. Wie weit die effektive Integration reichen wird, hängt von der Bereitschaft der Mitglieder ab, negative Implikationen multilateraler Integrationsvorhaben für ihre Staaten hinzunehmen und Souveränität abzugeben. Dabei ist die Bereitschaft Russlands zentral, Modalitäten zu akzeptieren, welche die langfristigen Interessen Kasachstans und Belarus berücksichtigen. Auch muss Abstand genommen werden von der in allen drei Staaten verankerten Gewohnheit, geltende Abkommen zu suspendieren, wenn es den eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht zuträglich ist. Zudem wird das wirtschaftliche Übergewicht Russlands in der Zollunion immer wieder Spannungen erzeugen.

Die Erfolgchancen von Zollunion und Eurasischer Wirtschaftsunion erscheinen durch die Beschränkung auf die drei Staaten Russland, Kasachstan und Belarus etwas besser. Eine volle Umsetzung der Abkommen nach der angestrebten Erweiterung um Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan ist dagegen eher unwahrscheinlich. Auch von seiten der Ukraine, Moldaus, Aserbaidschans und Armeniens ist nur begrenztes Interesse an der Eurasischen (Wirtschafts-)Union zu erwarten. Ihnen geht es vorrangig darum, die Entwicklungen in den postsowjetischen Absatzmärkten zu verfolgen, zu beeinflussen und individuell darauf zu reagieren. Ukraine, Moldau und Armenien sind Beobachter der EurAsEC und dies ist wohl auch für die Eurasische (Wirtschafts-)Union denkbar. Kaum vorstellbar ist dagegen ein Konsens zum Beitritt in der Ukraine, in Moldau und Aserbaidschan.

Sollte in einer Eurasischen Union die überkommene Praxis verfolgt werden, dass es vornehmlich um die Aufnahme von Mitgliedern, zur Erweiterung des Einflussbereiches, und erst zweitrangig um deren Integrationswillen geht, wird eine Umsetzung der Integrationsziele auch in diesem Format problematisch sein. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Eurasische Union unter den Neuen Unabhängigen Staaten kaum Beitrittsbewerber findet, sollte sie die Erfüllung einer *road map* zur Übernahme von Abkommen zur Bedingung machen, wie Lukaschenko vorschlug.

Auf der nächsten Seite finden Sie Literaturtipps zum Artikel.

Literaturtipp

- Wilson Rowe, Elana; Torjesen, Stina (Hrsg.): *The Multilateral Dimension in Russian Foreign Policy*. New York 2008.
- Kembayev, Zhenis: *Legal Aspects of the Regional Integration Processes in the Post-Soviet Area*. Berlin 2009.

ANALYSE

Ein neues Etikett für Russlands Politik im GUS-Raum

Uwe Halbach, Berlin

Zusammenfassung

Im Oktober 2011 kündigte Wladimir Putin in einem *Iswestija*-Artikel verstärkte Integrationsprozesse im postsowjetischen Eurasien an. Im November begann denn auch ein Prozess, den russische Medien als »Integrationsmarathon« bezeichneten. Die 2010 gegründete *Zollunion* ging mit Jahresbeginn 2012 in den *Gemeinsamen Wirtschaftsraum* über, der 2015 in die *Eurasische Wirtschaftsunion* münden soll. Diese *Eurasische Union* kann sowohl als Partner Europas oder als ein Gegenmodell gedacht sein, mit dem Russland in Integrationskonkurrenz zur *Europäischen Union* in einem gemeinsamen Nachbarschaftsraum tritt. Doch gleichzeitig erweist sich sowohl im Falle Europas als auch Russlands das Vermögen, Osteuropa an sich zu binden, als begrenzt. Die *Europäische Union* steckt derzeit in einer tiefen Krise. Aber auch Russland als Kernland der »eurasischen Integration«, steht vor großen innenpolitischen Herausforderungen, die seinen Ambitionen im postsowjetischen Raum die Grenzen weisen könnten. Als Modernisierungsmotor hat sich Russland in diesem Raum bislang ohnehin nicht erwiesen.

Eine »Eurasische Union«

Die mit Russland und dem GUS-Raum befasste Forschung hat ein neues Thema namens *Eurasische Union*. Unter diesem Titel kündigte Wladimir Putin in einem Beitrag in der *Iswestija* vom 3. Oktober 2011 verstärkte Integrationsprozesse im postsowjetischen Eurasien an. Es war dies seine erste strategische Einlassung nach Bekanntgabe seiner Kandidatur für die Präsidentenwahlen im März 2012 und erregte entsprechende Aufmerksamkeit. Dieser Ankündigung folgten Integrationsaktivitäten in auffälliger Nähe zum zwanzigsten Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion und der Gründung der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS). Erste Kommentare zu diesem Projekt fielen teils skeptisch, teils alarmistisch aus. Da wurde darauf hingewiesen, dass der postsowjetische Raum seit 1991 so manche »Integrationsblase« geschlagen hat, die kaum mit Inhalt gefüllt wurde. Robert Blake, der für Zentralasien zuständige Mann im U.S. State Department, kommentierte die Herausforderung der *Eurasischen Union* an die Staaten in der Region seiner Zuständigkeit gelassen: Es sei schwer einzuschätzen, wie ernst es Russland mit diesem Projekt meine. Für Washington sei entscheidend, dass dieser Raum für überregionale Handelsrouten und für die Vernetzung mit der Weltwirtschaft geöffnet bleibe, dass hier keine »zone of exclusion« geschaffen werde.

Ein Kommentar in der polnischen Zeitung *Rzeczpospolita* sah dagegen ein neues russisches Imperium entstehen: Im Unterschied zur Europäischen Union, die derzeit in einer tiefen Krise stecke, könnte dieses von Russland dominierte Integrationsprojekt zum Erfolg führen, stützt es sich doch auf die Verwandtschaft in der politischen Mentalität postsowjetischer Machteliten. Dabei übersah dieser Kommentar freilich, dass im Raum von der Ukraine bis Usbekistan diese Eliten für ihren eigenen Machterhalt die Souveränität ihrer unabhängig gewordenen Staaten beschwören und sich nicht ohne überzeugende Gegenleistung auf integrationsbedingte Einschränkungen von Souveränität einlassen.

Sowjetunion light?

Viele Kommentare zu Putins eurasischem Projekt unterstellten die Absicht, die Sowjetunion wiederauferstehen zu lassen. Putin betonte hingegen, dass es hier nicht um eine Wiederholung von Vergangenheit gehe. Das Ziel sei eine »mächtige supranationale Vereinigung« souveräner Staaten, die eine Brücke zwischen Europa und dem asiatisch-pazifischen Raum bilden soll – keine neue Sowjetunion, aber doch etwas Konkretes und Effektiveres als die seit 20 Jahren bestehende *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*, die alles andere als eine »mächtige supranationale Vereinigung« darstellt, mehr auch als die unter-

halb der GUS-Ebene bestehenden Kooperationsformate wie die *Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)*.

Als Ausgangspunkt fungiert die 2010 in Kraft getretene *Zollunion* zwischen Russland, Belarus und Kasachstan, die drei Viertel des postsowjetischen Raums mit etwa 170 Millionen Menschen und 80 Prozent der ehemaligen sowjetischen Wirtschaftsleistung umfasst. Die Union hat die Zollschränken zwischen ihren Mitgliedstaaten aufgehoben, verschiedene Handelsabkommen implementiert und will sich noch weiter in den GUS-Raum ausdehnen. In einer neuerlichen Ansprache an das Parlament hob der russische Außenminister Lawrow das Integrationspotential der zur Erweiterung anstehenden *Zollunion* hervor: In der zweiten Jahreshälfte 2011 sei das Handelsvolumen zwischen den drei gegenwärtigen Mitgliedstaaten um 40 Prozent gestiegen. Dieses erfolgreiche Projekt öffne sich nun »unseren Partnern innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der GUS«.

Seit November 2011 kam es zu einem Prozess, den russische Quellen als Integrationsmarathon bezeichnen. Da ging die *Zollunion* mit Jahresbeginn 2012 in den *Gemeinsamen Wirtschaftsraum* über, der 2015 in die *Eurasische Wirtschaftsunion* münden soll. Als erstes supranationales Organ wurde eine *Eurasische Wirtschaftskommission* nach dem Vorbild der Kommission in Brüssel gebildet. Ihr Sitz ist Moskau und ihr Vorsitzender Viktor Christenko, bislang Russlands Minister für Industrie und Handel. Unter ihm arbeitet ein 700köpfiger Apparat, der zu 84% von Russland besetzt wird. Als Exekutivorgan fungiert ein Kollegium aus je drei Vertretern der Teilnehmerländer für jeweils vier Jahre mit rotierendem Vorsitz. Zu seinen Aufgaben gehört die Regelung der Zolltarife, der Währungspolitik, der Arbeitsmigration und der Kapitalbewegung.

Ein neues Integrationsprojekt?

Putins »neues Integrationsprojekt« knüpft an russische Politik gegenüber dem GUS-Raum in den letzten zehn Jahren an. Ende der 1990er Jahre war nur ein Bruchteil der auf GUS-Ebene getroffenen Vereinbarungen umgesetzt worden. Mehr Effektivität versprach sich der Kreml nun von Formaten unterhalb dieser Ebene, in denen eine begrenzte Zahl postsowjetischer Staaten kooperieren sollte. Auf wirtschaftlichem Feld waren dies die im Jahr 2000 gegründete *Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft* mit heute fünf Mitgliedstaaten (Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan). Auf sicherheitspolitischem Feld war es die *Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags*, (engl. CSTO), ein »Bündnis« aus sieben GUS-Staaten (Russland, Belarus, Armenien und die zentralasiatischen Staaten mit Ausnahme Turkmenistans). Regionalformate, an denen Russland nicht beteiligt war wie die *Organisation für Zentralasiatische Kooperation* oder

die sich gar gegen seine Dominanzansprüche im postsowjetischen Raum richteten wie die *GUAM* (Akronym für Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldova) unterlagen einem Bedeutungsverlust oder gingen in größeren Formaten auf, in denen nun wieder Russland dominierte.

Es ist noch nicht ganz klar, in welcher Beziehung das »neue Integrationsprojekt« zur GUS-Ebene und zu den bereits bestehenden Regionalformaten unterhalb dieser Ebene steht, die ja ebenfalls gemeinsame Wirtschaftsräume intendieren. Wird hier ein Integrationstheater auf mehreren Bühnen und Ebenen aufgeführt, das letztlich eine »Integration der Integrationen« erfordert? Laut Andrej Kuschnirenko, Leiter der Wirtschaftsabteilung des GUS-Exekutivkomitees, soll die GUS ihre Mitglieder auf die Aufnahme in eine erweiterte *Zollunion* vorbereiten und auf den Weg zur *Eurasischen Union* bringen. Auch die *Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft* soll diesem Zweck dienen. Bei ihrem jüngsten Gipfel im März 2012 stellte Putin die Integrationsperspektive klar: Bis 2015 gehen wir in eine *Eurasische Wirtschaftsunion* über. Zu diesem Zweck soll innerhalb der Organisation ein *Eurasischer Wirtschaftsrat* geschaffen werden.

Grenzen des Projekts

Der Integrationsappell richtet sich letztlich an alle Staaten des GUS-Raums. Handels- und Wirtschaftsintegration in dem Raum anzuregen, in dem es einst imperiale Herrschaft ausgeübt hat, erscheint Russland als ein unverzichtbares Attribut dessen, was ihm an Großmachtstellung noch übrig geblieben ist. Das ökonomische Projekt einer *Eurasischen Union* wird auf sicherheitspolitischer Ebene durch Bemühungen Moskaus begleitet, die *Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags* zu stärken, die Schwelle für Interventionen in ihrem Einzugsbereich zu senken und eine gemeinsame Eingreiftruppe auszubauen.

Zugleich müsste Russland aber auch klar sein, dass es mit seiner »eurasischen Integration« längst nicht alle Staaten in diesem Raum erreichen kann. Als die nächsten Beitrittskandidaten zur *Zollunion* gelten Kirgisistan und Tadschikistan. Auf die beiden zentralasiatischen Staaten übt Moskau politischen Druck aus. Ihre Abhängigkeit ist in den vergangenen Jahren vor allem durch die Auswanderung von Arbeitskräften nach Russland gewachsen, und ihr Staatshaushalt ist in hohem Maße auf Überweisungen aus dieser Diaspora angewiesen. In der globalen Wirtschaftskrise ist ihre Abhängigkeit von Krediten und Subventionen aus Russland noch gewachsen. Zudem deckt Russland ihren Energiebedarf. Mit dem Beitritt dieser beiden Länder, die zu den ärmsten und strukturschwächsten im GUS-Raum gehören, würde sich allerdings ein Entwicklungsgefälle innerhalb der *Zollunion* aufbauen. Welche Gefahr von divergenter Entwicklung in Wirtschafts- oder gar Währungsunionen ausgeht, dafür

liefert auf einem ganz anderen Niveau die Euro-Zone derzeit ein Beispiel, das auch in Russland diskutiert wird. Zudem würde die Außengrenze des Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit seinen durchlässigen Binnengrenzen an Afghanistan heranrücken, von dem seit Jahren Drogenströme über den postsowjetischen Raum verlaufen.

Usbekistan und Turkmenistan sind dagegen wohl kaum erreichbar. In einer Rede zum Tag der Verfassung Usbekistans am 8. Dezember 2011 betonte der usbekische Präsident Islam Karimow die Souveränität seines Landes und äußerte seinen Argwohn über den politischen Charakter solcher Integrationsprojekte. Das usbekische Volk müsse wachsam sein gegenüber Versuchen, die sowjetische Geschichte falsch zu interpretieren, nämlich im Sinne einer Verpflichtung zur Integration und Wahrung eines gemeinsamen historischen Erbes postsowjetischer Staaten. Auch der Südkaukasus liegt außerhalb eurasischer Reichweite. Georgien ist das »nahe Ausland«, das seine Abwendung von Russland und von Regionalorganisationen unter russischer Vorherrschaft am deutlichsten bekundet. Aserbaidschan praktiziert zwar eine ausgewogenere Außenpolitik zwischen Russland und westlichen Partnern, verweigert sich aber ebenfalls Regionalorganisationen unter russischer Vorherrschaft. Selbst Armenien, das enge sicherheitspolitische Bindungen an Russland wahrt und als einziges Land der Region in der *Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags* vertreten ist, bleibt außerhalb des eurasischen Integrationsprojekts. Denn mit der Zollunion hat es keine gemeinsame Grenze, sondern ist für seinen Außenhandel auf Transitrouten über Georgien und den Iran angewiesen.

Da richtet sich der Blick nun besonders auf den gemeinsamen Nachbarschaftsraum zwischen der EU und Russland, der von Belarus über die Ukraine bis Moldova reicht. Aus russischer Sicht ist Belarus der engste Partner im eurasischen Integrationsverbund und die Ukraine das Land, ohne das Integration im postsowjetischen Raum äußerst unvollständig wäre. Laut einer Meinungsumfrage vom September 2011 betrachtet eine Mehrheit der Russen (60%) beide Staaten nicht als Ausland. In den politischen Problemen, die sich derzeit zwischen Kiew und Brüssel zeigen, sieht Russland gewisse Chancen, die Ukraine in seinen Orbit zurückzuführen.

Integration nach europäischem Vorbild?

Putin lehnt seine *Eurasische Union* an europäische Integrationserfahrung an, und das zu einem Zeitpunkt, an

Über den Autor

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

Lesetipps

- Chernyshev, Sergei: Towards a United Eurasia, in: Russia in Global Affairs, May–September 2010 <http://eng.globalaffairs.ru/print/number/Towards-a-United-Eurasia-14999>.
- Halbach, Uwe: Russlands Ambitionen einer Eurasischen Union, in: Gernot Erler, Peter W. Schulze (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle, Frankfurt a.M. 2012, 214–226.
- Trenin, Dmitri: Post-Imperium. A Eurasian Story, Carnegie Endowment for International Peace, Washington etc. 2011.

dem dieses Vorbild in der Euro-Krise an Strahlkraft verliert. Die Botschaft lautet: Die Zugehörigkeit zur *Eurasischen Union* tue den Bemühungen einiger ihrer Mitgliedstaaten um Integration nach Europa keinen Abbruch. Die beiden Integrationsprozesse könnten sich gegenseitig befruchten. An einigen Stellen wird dieser europäische Bezug jedoch fragwürdig. So sieht Putin die *Eurasische Union* als Teil eines »Großeuropa«, das auf gemeinsamen Werten wie Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft beruht. Von einer ausgeprägten Neigung zu den politischen Freiheitswerten kann bei den drei Staaten, die den Nukleus des »neuen Integrationsprojekts« bilden, kaum die Rede sein. An anderer Stelle vergleicht Putin die *Eurasische Union* in Hinsicht auf Freizügigkeit mit der Schengenzone und verspricht Arbeitsmigranten den freien Verkehr über die Grenzen der Mitgliedstaaten. Doch heute schon stoßen Arbeitsmigranten, die z. B. aus einem als Beitrittskandidat vorgesehenen Land wie Tadschikistan kommen, auf xenophobe Reaktionen in der russischen Bevölkerung und bei russischen Behörden. Im Kernland der »eurasischen Integration« sind fremdenfeindliche nationalistische Tendenzen in den letzten zwei Jahren unübersehbar gewachsen.

Ist die *Eurasische Union* wirklich als Partner Europas gedacht oder doch eher als ein Gegenmodell, mit dem Russland in Integrationskonkurrenz zur *Europäischen Union* in einem gemeinsamen Nachbarschaftsraum tritt? Bisherige Reaktionen Russlands auf die Östliche Partnerschaftsinitiative der Europäischen Union, die sich seit 2009 an Osteuropa und den Südkaukasus richtet, sprechen eher für die Konkurrenz- als für die Kooperationshypothese. Doch gleichzeitig erweist sich sowohl im Falle Europas als auch Russlands das Vermögen, dieses Osteuropa an sich zu binden, als begrenzt. Die *Europäische Union* steckt derzeit in ihrer größten Krise. Aber auch Russland hat nach den Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2011 und den Protestbewegungen gegen Wahlfälschung genug mit sich selbst zu tun. Dem Kernland der »eurasischen Integration« könnten anhaltende innenpolitische Herausforderungen bevorstehen, die seinen Ambitionen im postsowjetischen Raum die Grenzen weisen. Als Modernisierungsmotor hat sich Russland in diesem Raum bislang ohnehin nicht erwiesen.

Internationale Organisationen in Europa

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CEI	CDC	ECO	GUAM	CEFTA	BSEC	GUS/SNG	Eur-AsWG/Eur-AsEC	OVKS/CSTO	SOZ/SCO	Zoll-union
	56	30	47	27	28	18	9	10	4	8	12	10	5	7	6	3
Ägypten											B					
Afghanistan								1								
Albanien	1		1	1		1				1						
Andorra	1		1													
Armenien	1	1	1								1	1	B	1		
Aserbaidzchan	1	1	1				B	1	1		1	1				
Belarus	1	1				1					B	1	1	1	G	1
Belgien	1	1	1	1	1											
Bosnien und Herzegowina	1		1			1				1						
Bulgarien	1	1	1	1	1	1	B				1				1	
China																
Dänemark	1	1	1	1	1											
Deutschland	1	1	1	1	1						B					
Estland	1		1	1	1		1									
Finnland	1		1	1												
Frankreich	1	1	1	1	1						B					
Georgien	1	1	1				1		1		1					
Griechenland	1	1	1	1	1						1					
Großbritannien	1	1	1	1	1											
Irland	1		1	1												
Indien															B	
Island	1	1	1		1											
Iran								1								
Israel											B					
Italien	1	1	1	1	1	1					B					

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Internationale Organisationen in Europa (Fortsetzung)

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CEI	CDC	ECO	GUAM	CEFTA	BSEC	GUS / SNG	Eur-AsWG / Eur-AsEC	OVKS / CSTO	SOZ / SCO	Zoll-union
Kanada	1	1			1											
Kasachstan	1	1						1				1	1	1	1	1
Kirgisien	1							1				1	1	1	1	
Kosovo										1						
Kroatien	1		1	1	1	1				1	B					
Lettland	1		1	1	1	1	1		B							
Liechtenstein	1		1													
Litauen	1		1	1	1	1	1									
Luxemburg	1	1	1	1	1											
Malta	1		1	1												
Marokko																
Mazedonien	1		1			1	1			1						
Moldau	1	1	1			1	1		1	1	1	1	B			
Monaco	1		1													
Mongolei															B	
Montenegro	1		1			1				1						
Niederlande	1	1	1	1	1											
Norwegen	1	1	1		1											
Österreich	1		1	1		1					B					
Pakistan								1							B	
Polen	1	1	1	1	1	1	B				B					
Portugal	1	1	1	1	1											
Rumänien	1	1	1	1	1	1	1				1					
Russland	1	1	1								1	1	1	1	1	1
San Marino	1		1													
Schweden	1		1	1												
Schweiz	1		1													
Serbien	1		1			1				1	1					
Slowakei	1	1	1	1	1	1					B					

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Internationale Organisationen in Europa (Fortsetzung)

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CEI	CDC	ECO	GUAM	CEFTA	BSEC	GUS/SNG	Eur-AsWG / Eur-AsEC	OVKS / CSTO	SOZ / SCO	Zoll-union
Slowenien	1		1	1	1	1	1									
Spanien	1	1	1	1												
Sri Lanka															G	
Tadschikistan	1							1				1	1	1	1	
Tschechien	1	1	1	1	1	1	B				B					
Tunesien											B					
Türkei	1	1	1	1	1			1	B		1					
Turkmenistan	1							1				AM				
Ukraine	1	1	1	1	1	1	1		1		1	1	B			
Ungarn	1	1	1	1	1	1	B									
USA	1	1			1		B				B					
Usbekistan	1							1				1	aufgekündigt	1	1	
Vatikanstadt	1															
Zypern	1		1	1												
OSCE							B									
EU							B				B					

Erläuterung: G – Gesprächspartner, B – Beobachterstatus, AM – Assoziiertes Mitglied

Abkürzung

OSZE

KSE-Vertrag

Europarat

EU

NATO

CEI

CDC

ECO

GUAM

CEFTA

BSCE

GUS

EurAsWG / EurAsEC

OVKS / CSTO

SOZ / SCO

Gründungsdatum (bzw. Umbenennung)

1975 KSZE / 1995 OSZE

1990

1949

1951 / 1957 EGKS, EWG und Euratom / 1992 Vertrag von Maastricht

1949

1989 Quadrangonale / 1992 CEI

2005

1985

1997 GUUAM / 2006 GUAM

1993

1999

1991

2001

1992 Vertrag über kollektive Sicherheit / 2002 ODKB

1996 Shanghai Fünf / 2001 SCO

Name

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa

Europarat

Europäische Union

North Atlantic Treaty Organization / Nordatlantikvertrag-Organisation

Central European Initiative / Zentraleuropäische Initiative

Community of Democratic Choice / Gemeinschaft Demokratischer Wahl

Economic Cooperation Organization

Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung - GUAM

Central European Free Trade Agreement / Mitteleuropäische Freihandelsabkommen

Black Sea Economic Cooperation / Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft

Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit

Shanghai Organisation für Zusammenarbeit / Shanghai Cooperation Organization

Frankreichs Russlandpolitik nach den Präsidentschaftswahlen: Zäsur, Neuausrichtung oder status quo?

Mariella Falkenhain, Berlin

Zusammenfassung

Putin spaltet die französischen Wahlkämpfer. Seine Person, die politischen Proteste und seine umstrittene Wiederwahl im März 2012 rufen bei den Kandidaten des französischen Präsidentschaftswahlkampfes höchst unterschiedliche und teils ambivalente Reaktionen hervor. Zwar ist Russland kein sonderlich prominentes Thema im Kampf um den Elysée Palast. Doch wird der Ausgang der Stichwahl Konsequenzen für die zukünftigen Beziehungen zwischen Paris und Moskau haben und Auswirkungen auf die EU-Russland Beziehungen.

Russland: Wahlkampfthema in Paris?

Frankreich wählt. Im ersten Wahlgang am 22. April siegte der sozialistische Kandidat François Hollande knapp vor dem bisherigen Amtsinhaber, dem konservativen Nicolas Sarkozy. Wer von den beiden Kontrahenten neuer französischer Präsident wird, entscheidet sich in der Stichwahl am 6. Mai. Gewiss wird mit außenpolitischen Themen traditionell keine Wahl gewonnen. Doch ergibt sich aus der in der Verfassungspraxis bestehende Machtfülle des französischen Präsidenten im Bereich der Außenpolitik (oft als »domaine réservé« bezeichnet), dass die Positionen der Kandidaten durchaus relevant sind. Daher fragt man sich in Europa und insbesondere in Deutschland seit längerem, wie Frankreichs Außenpolitik unter einem Präsidenten Hollande aussehen würde.

Wie also bewerten die französischen Wahlkämpfer, insbesondere die Kandidaten des zweiten Wahlgangs, die jüngsten politischen Entwicklungen in Russland? Welche Schlussfolgerungen ziehen sie daraus für die französisch-russischen Beziehungen? Ähnlich wie andere außenpolitische Fragen wurde dem Thema Russland im Wahlkampf keine hohe Aufmerksamkeit zuteil. Dies ist sowohl auf die starke Fokussierung auf innen- und wirtschaftspolitische Fragen zurückzuführen als auch auf die Tatsache, dass Frankreichs Russlandpolitik in der französischen Bevölkerung keine besondere Beachtung findet. Doch ein Blick auf die konkreten Positionen einiger Kandidaten zeigt gewichtige Unterschiede und Widersprüche in der Interpretation der Rolle Putins und der jüngsten Ereignisse um die russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, und deutet neue Visionen für die französische Russlandpolitik an.

Radikale Wende gefordert: le Pen vs. Joly

Die Kandidatin des rechtspopulistischen *Front National*, Marine le Pen, die mit 17,9% der Wählerstimmen das drittbeste Ergebnis des ersten Wahlgangs und das beste Ergebnis in der Geschichte ihrer Partei erzielt hat, plädierte in ihrem Wahlkampf für eine Zäsur in der fran-

zösischen Außenpolitik. Ihre Visionen sind rückwärtsgerichtet und stehen im starken Widerspruch zu denen der anderen Kandidaten und Parteien. Das Wahlprogramm des *Front National* fordert einen klaren Bruch mit der Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte: das Ende der euro-atlantischen Ausrichtung, das Aufkündigen der bisherigen Zusammenarbeit in der EU, und eine fundamentale Aufwertung der bilateralen Beziehungen zu Russland. Zielvorstellung ist eine strategische Allianz »Paris-Berlin-Moskau«, die auf einer militärischen und energiepolitischen Partnerschaft basiert. Als weiteres Leitbild wird ein »Europa der Nationen« formuliert, eine paneuropäische Union unter Einschluss von Russland und der Schweiz (jedoch ohne die Türkei).

Marine Le Pen brachte im Wahlkampf ihre persönliche Bewunderung für Wladimir Putin zum Ausdruck und stilisierte das politische System Russlands zum Modell für Frankreich. Ein Modell, dessen historische Wurzeln sie im Gedankengut De Gaulles und in seinem Streben für ein einflussreiches und unabhängiges Frankreich findet. Diese Idee ist nicht völlig neu, und findet auch moderate Unterstützung in Frankreichs diplomatischen Kreisen; politische Relevanz hat sie jedoch nicht erlangt.

Eva Joly, Kandidatin der Grünen (*Europe Écologie Les Verts*), ist gewissermaßen das Gegenstück zu le Pen. Sie fordert eine normative Neuausrichtung französischer Diplomatie im Rahmen europäischer Außenpolitik. Als einzige Kandidatin im französischen Wahlkampf äußerte Joly fundierte und medienwirksame Kritik an den jüngsten Entwicklungen in Russland. Ende 2011 forderte sie die Freilassung festgenommener Demonstranten und monierte die Sperrung sozialer Netzwerke. Im Rahmen eines Treffens mit russischen Oppositionspolitikern Anfang 2012 kritisierte sie Putin und Medwedew, sowie die Korruption in der russischen Justiz. Sie forderte eine Wiederholung der Parlamentswahlen sowie die Verschiebung der Präsidentschaftswahlen und bezeichnete das »autokratische Abdriften« Russlands angesichts der landesweiten Forderungen nach freien

Wahlen als skandalös. Nicht nur Nicolas Sarkozy, sondern *allen* französischen und europäischen Politikern warf Joly »ohrenbetäubende Stille« und Passivität unter dem Vorwand der Energieabhängigkeit vor. Ihre Forderungen umfassen auch europäische Antworten, z. B. eine bessere finanzielle Ausstattung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, um eine angemessene rechtliche Klärung der Menschenrechtsverletzungen in Russland sicherzustellen, sowie das Einfrieren von Konten russischer Oligarchen.

Jolys Äußerungen und Wahlkampfaktivitäten werden jedoch, aufgrund ihres schwachen Abschneidens im ersten Wahlgang (sie konnte nur 2,31 % der Stimmen auf sich vereinen), wohl keine Auswirkungen auf die französische Außenpolitik nach dem 6. Mai haben.

Kontinuität wahren: Russland als strategischer Partner

Nicolas Sarkozy, seit 2007 französischer Präsident, erreichte im ersten Wahlgang 27,18 % der Stimmen und liegt somit knapp hinter seinem sozialistischen Herausforderer François Hollande. Sarkozys Bilanz der letzten fünf Jahre und sein Wahlkampf lassen konkrete Rückschlüsse auf die Prinzipien und Prioritäten zu, die wohl auch seine zukünftige Russlandpolitik im Falle eines Wahlsieges prägen werden.

Die außenpolitische Ausrichtung des Programms seiner Partei, der konservativen UMP vom Dezember 2011 wird von drei traditionellen Schwerpunkten dominiert: Außenwirtschaft, auswärtige Kulturpolitik und nationale Verteidigung. Eine Referenz zu Russland enthält es nicht. Auch Sarkozy selbst griff das Thema Russland im Wahlkampf nicht auf.

Der bisherige Amtsinhaber startete im Februar 2012 ohne konkretes Programm in seinen Wahlkampf. Seine Haltung zu den politischen Entwicklungen in Russland ist gewissermaßen *vorbelastet*. 2007 hatte er, deutlicher Kritik der OSZE am Ablauf der russischen Parlamentswahlen zum Trotz und noch vor Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses, Wladimir Putin zum Sieg seiner Partei gratuliert. 2010 verhandelte er mit Putin erfolgreich über den Verkauf von französischen Kriegsschiffen – ein in Frankreich und Europa umstrittener Deal. Generell war Sarkozys Russlandpolitik von engen persönlichen Kontakten zu Putin und Medwedew, dem Primat wirtschafts- und sicherheitspolitischer Kooperation und der Vernachlässigung sensibler Themen, wie Demokratie und Menschenrechten geprägt. Darüber hinaus hat Sarkozy es in vielen Bereichen versäumt bzw. vermieden, seine Russlandpolitik im Rahmen der EU abzustimmen, bzw. positive Dynamiken der bilateralen Beziehungen konstruktiv für die EU-Russland Beziehungen zu nutzen.

Sarkozys Reaktionen auf die Massendemonstrationen auf Moskaus Straßen, und die von der OSZE festgestellten massiven Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess waren mehr als verhalten. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums stellte lediglich vage fest, die russischen Parlamentswahlen seien ein wichtiges Ereignis für die Demokratie in Russland, die Präsenz internationaler Beobachter sei bedeutsam, und die von der OSZE festgestellten Unregelmäßigkeiten müssten geprüft werden. Während andere europäische Staats- und Regierungschefs deutlichere Worte fanden, waren Sarkozys Glückwünsche an den Wahlsieger Putin eher ambivalent. Er ermutigte den russischen Präsidenten, den Weg der demokratischen und wirtschaftlichen Modernisierung Russlands, wie vom russischen Volk gewünscht, *weiterzuführen*. Kontinuität unter Putin: für viele russische Bürger wohl kein attraktives Leitmotiv!

Veränderung wünscht Sarkozy sich hingegen von Russlands Außenpolitik, insbesondere gegenüber Syrien. In einem Fernsehinterview Anfang März äußerte er die Hoffnung, dass Putin in seiner neuen Amtszeit seine Haltung gegenüber einer UN Resolution zu Syrien überdenken werde.

Moderate Neuausrichtung: Dialog und Kritik

Insgesamt war Russland auch für François Hollande (Sieger des ersten Wahlgangs mit 28,63 %), im Wahlkampf nicht mehr als ein marginales Randthema. Anders als Nicolas Sarkozy, bewertete Hollande die politischen Entwicklungen in Russland jedoch kritischer. Er beklagte die brutale Niederschlagung der Proteste im Anschluss an die russischen Parlamentswahlen und rief die politischen Autoritäten in Moskau auf, die demokratischen Forderungen der Demonstranten ernst zu nehmen. Auch forderte er die Wahrung von Bürger- und Grundrechten und der Medienfreiheit. Der sozialistische Kandidat kritisierte den amtierenden Präsidenten Sarkozy, der mit autoritären Machthabern paktiere und so das historische Erbe Frankreichs belaste. Sarkozys Wahlkampf sei eine Mischung aus der ideologischen Leere eines Silvio Berlusconi und brutalen Methoden eines Wladimir Putin. Hollandes eigene Zukunftsvision für den Fall seines Sieges ist eine (vorsichtige) Warnung an den neuen alten Präsidenten im Kreml. Frankreich werde weiterhin an guten Beziehungen zu Russland interessiert sein. Aber nicht auf Kosten von Demokratie und Menschenrechten.

Wenngleich Hollande sich während des Wahlkampfes dem Vorwurf ausgesetzt sah, er verfüge über keine Regierungserfahrung und habe ein schwaches außenpolitisches Profil, so hat er fähige Unterstützung. Mit Pierre Moscovici, dem bisher am längsten amtierenden

Europaminister (1997 bis 2002 im Kabinett von Lionel Jospin unter Präsident Jacques Chirac) und zweimaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, hat Hollande einen Politiker mit europäischer und internationaler Erfahrung zu seinem Wahlkampfleiter gemacht. Moscovici dürfte auch unter einem neuen Präsidenten Hollande eine wichtige Rolle spielen.

Einige Äußerungen aus den letzten Jahren geben Aufschluss über Moscovicis Position zu den innenpolitischen Entwicklungen in Russland und Sarkozys Russlandpolitik. 2007 etwa kritisierte Moscovici den vorprogrammierten Machtwechsel zwischen Putin und Medwedew, die Verhärtung eines autoritären Regierungsstils und die Zementierung der Vertikale der Macht unter Putin. Sarkozy warf er eine erratische Russlandpolitik vor, sowie eine »Diplomatie der Gefälligkeiten«, insbesondere gegenüber Putin. Entgegen den Versprechungen aus dem Wahlkampf 2007 dominierten, so Moscovici, wirtschaftspolitische Interessen in den Beziehungen zu Russland – und zwar zulasten einer Diplomatie der Menschenrechte. Frankreichs Russlandpolitik sei damit weit entfernt von einer linken Außenpolitik, basierend auf humanistischen Idealen.

In einem Fernsehinterview im März dieses Jahres äußerte sich Moscovici allerdings deutlich zurückhaltender. Er bezeichnete Putin als legitim, da vom Volk gewählten Präsidenten Russlands und kündigte für den Fall eines Wahlsieges von François Hollande eine Russlandpolitik an, die trotz unterschiedlicher Werte auf Dialog setzt. Russlands Blockadehaltung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber Syrien im Rahmen der Vereinten Nationen bezeichnete er als inakzeptabel.

Wie weiter nach dem 6. Mai?

Zäsur, Neuausrichtung oder *business as usual*? Die Kandidaten im französischen Präsidentschaftswahlkampf

Über die Autorin

Mariella Falkenhain ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance, Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Transformationsprozesse im postsowjetischen Raum, sowie deutsche und französische Außenpolitik gegenüber Osteuropa und Russland. Dieser Artikel basiert auf dem Essay »Russland im Umbruch: Putin spaltet französische Wahlkämpfer«, erschienen in: *Frankreich wählt! Analysen zum Französischen Wahlkampf 2012*. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. <https://ausserpolitik-net.dgap.org/de/dossiers>, März 2012.

Lesetipp

- Delcour, Laure. 2010. »Frankreich und Russland. Neue Dynamik für eine besondere Beziehung.« *DGAP Analyse Frankreich*. Juli 2010, Nr. 6.
- Gomart, Thomas. 2007. »France's Russia Policy: Balancing Interests and Values.« *The Washington Quarterly*. Spring 2007: 147–155.

sind uneins über den zukünftigen Gang der Beziehungen zwischen Paris und Moskau. Ihre Zukunftsvisionen für das französisch-russische Verhältnis speisen sich dabei insbesondere aus einer Bewertung des russischen Machtapparats, der Figur Putins, und der jüngsten politischen Proteste.

Marine le Pen und Eva Joly fordern eine radikale Wende französischer Russlandpolitik, jedoch in diametral unterschiedliche Richtungen: le Pen skizziert einen Schulterschluss mit Russland und ein Ende europäischer und euro-atlantischer Strukturen, während Joly französische Diplomatie im europäischen Rahmen fordert, mit Menschenrechten als Leitmotiv. Die Positionen der beiden Kontrahenten des zweiten Wahlgangs sind deutlich moderater. Sollte Nicolas Sarkozy die Stichwahl am 6. Mai gewinnen, so wäre kein grundlegender Kurswechsel zu erwarten. Insgesamt positive Aussichten für den Machthaber im Kreml. Geht François Hollande als Sieger aus der Stichwahl hervor und setzt seine Andeutungen aus dem Wahlkampf um, dann würde französische Außenpolitik gegenüber Russland stärker wertegerichtet ausgerichtet sein. Moskau wäre jedoch weiterhin ein wichtiger Partner für Paris. Es bleibt abzuwarten, wie Hollande diesen Weg gehen will, ohne außenwirtschaftliche Interessen zu kompromittieren. Welche Rolle ein Präsident Hollande den EU-Russland Beziehungen zuschreibt, und ob das Leitmotiv ‚Außenpolitik im nationalen Interesse‘ weiterhin die französische Diplomatie prägt, wird sich ebenfalls zeigen. Einige von Hollandes außenpolitischen Wahlversprechen, insbesondere ein sofortiger Abzug französischer Truppen aus Afghanistan deuten schließlich Konfliktpotenzial zwischen Paris und Moskau an.

Berlin, den 24.4.2012

Pressemitteilung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Wirtschaftswachstum durch Visa-Liberalisierung Gemeinsamer Visa-Appell großer deutscher Wirtschaftsverbände

In einem gemeinsamen Appell setzen sich sechs große deutsche Wirtschaftsverbände, die besonders exportstarke Unternehmen und Industrien repräsentieren, für die Überwindung des Visa-Systems in Europa ein und fordern ein stärkeres Engagement von Bundesregierung und Bundestag. Beteiligt sind neben dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Bundesverband deutscher Banken, der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen, der Deutsche Reiseverband, der Verband der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer und der Verband der Deutschen Automobilindustrie.

»Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall werden Wirtschaftsbeziehungen innerhalb Europas immer noch durch Visa-Hürden behindert. Dass gerade eine Exportnation wie Deutschland hier auf europäischer Ebene Liberalisierungsbemühungen eher bremst als vorantreibt, muss sich dringend ändern«, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes zu den Hintergründen des durch den Ost-Ausschuss initiierten Appells. Mit Ländern wie Mexiko, Honduras, Venezuela oder Nicaragua gebe es seit Jahren freien Reiseverkehr. Dies müsse in nächster Zeit auch für europäische Nachbarn wie Russland, die Ukraine oder Moldau möglich sein. »Anstatt in Europa weiterhin die Trennung zu verwalten, sollten wir mehr Nähe organisieren«, sagte Cordes.

Innenpolitische Widerstände

Während das Bundesaußenministerium und das Wirtschaftsministerium sich offen für eine Abschaffung der Visapflicht mit den osteuropäischen Nachbarstaaten zeigen, werden diese Bemühungen immer noch von Innenpolitikern gebremst: Seit einem Jahr beschäftigt sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe im Bundestag mit einer Liberalisierung der mit den osteuropäischen EU-Nachbarstaaten bestehenden Visa-Regeln. Ein für Frühjahr angekündigter fraktionsübergreifender Bundestagsantrag wurde aber mehrfach verschoben und steht offenbar kurz vor dem Scheitern. Grund sollen Sicherheitsbedenken einzelner Innenpolitiker der CDU/CSU sein, die sich bislang nicht mit der FDP auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Dazu ist für Donnerstag dieser Woche ein entscheidendes Schlichtungsgespräch angesetzt.

»Niemand nimmt die Sicherheitsfrage auf die leichte Schulter. Im Gegenteil: Der Ost-Ausschuss ist der Auffassung, dass biometrische Pässe, computergestützte Grenzkontrollen und Rückführungsabkommen mehr Sicherheit bringen, als Visa-Anträge, für deren Prüfung den Konsularbeamten nur wenige Minuten Zeit bleiben«, betonte Cordes. Der Ost-Ausschuss hatte im vergangenen Jahr mit einer Umfrage unter 200 exportorientierten Unternehmen die bestehenden Visa-Probleme analysiert. Allein Deutsche und Russen kostet die gegenseitige Visa-Pflicht Jahr für Jahr rund 160 Millionen Euro an reinen Verwaltungskosten. Zudem klagt eine große Zahl von Firmen über den hohen zeitlichen Aufwand und lange Bearbeitungszeiten. 20 Prozent der beteiligten Unternehmen gaben an, durch Visa-Probleme bereits Aufträge verloren zu haben, 56 Prozent stellten in Aussicht, im Falle der Visa-Abschaffung mehr in Osteuropa zu investieren. Allein der Handel mit Russland sichert in Deutschland bereits 300.000 Arbeitsplätze.

Der gemeinsame Appell der Wirtschaftsverbände mit dem Titel »Wirtschaftswachstum durch Visa-Liberalisierung« listet auch Sofortmaßnahmen auf, die bereits unter dem bestehenden Regelwerk umsetzbar wären. Generell setzen sich die Verbände für eine echte »Willkommenskultur« in Deutschland ein.

Der Visa-Appell ist dieser Pressemitteilung angefügt. Im Internet ist er zusammen mit der Ost-Ausschuss-Studie »Wege zur Visa-Freiheit« auf der folgenden Seite abrufbar: www.ost-ausschuss.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft wurde 1952 als erste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft gegründet. Der Ost-Ausschuss führt jährlich eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Unternehmerreisen und Konferenzen in und über 21 Länder Mittel- und Osteuropas durch. Die Organisation mit Sitz in Berlin versteht sich als Kompetenzzentrum der deutschen Wirtschaft für die osteuropäischen und zentralasiatischen Zukunftsmärkte. Dem Ost-Ausschuss gehören große Wirtschaftsverbände sowie 180 Unternehmen an.

Wirtschaftswachstum durch Visa-Liberalisierung

Gemeinsamer Appell für eine schrittweise Überwindung des Visa-Systems in Europa

Fast die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird durch Exporte von Waren und Dienstleistungen erwirtschaftet. Mehr als jede andere Volkswirtschaft in Europa ist Deutschland deshalb auf internationale Geschäftskontakte angewiesen und an einem reibungslosen Reiseverkehr interessiert. Im Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass es mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer noch immer nicht gelungen ist, die Visa-Schranken zwischen dem Schengenraum und den Nachbarstaaten im Osten und Südosten Europas abzubauen.

Die Visa-Bürokratie ist ein erheblicher Zeit- und Kostenfaktor für Unternehmen. Dies unterstreicht eine Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft unter 200 deutschen Firmen. Die Visa-Pflicht behindert Geschäftskontakte und gegenseitige Investitionen, sie erschwert den Austausch von Fachkräften und sie verursacht Wettbewerbsnachteile im internationalen Konkurrenzkampf. Visa-Schranken kosten Wachstum und sie bremsen den Austausch von Ideen und Wertvorstellungen in Europa.

Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages, die deutschen Anstrengungen für eine Liberalisierung der Visa-Pflicht mit den europäischen Nachbarstaaten des Schengenraums erheblich zu verstärken.

Bezüglich der deutschen Visa-Vergabepaxis fordern wir kurzfristig die folgenden Schritte:

- Beschleunigung der Eröffnung des Antragsverfahrens durch den Verzicht auf Verpflichtungserklärungen
- Verzicht auf persönliche Anwesenheit der Antragsteller bei den deutschen Auslandsvertretungen
- Schnellere Erreichbarkeit des Status für Mehrjahresvisa
- Weiterer Ausbau der Dokumentenannahme und Weitergabe durch private Dienstleister

Als Folge der demographischen Entwicklung in Deutschland wird die Zahl ausländischer Fachkräfte in den kommenden Jahren gesteigert werden müssen. Deutschland benötigt daher eine echte Willkommenskultur. Die schnelle Liberalisierung des Visa-Systems mit den östlichen Nachbarstaaten der EU ist dafür eine Grundvoraussetzung.

Unterzeichnende Organisationen:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Bankenverband Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

Deutscher ReiseVerband (DRV)

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)

Verband der Automobilindustrie (VDA)

Pressekontakt:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Andreas Metz

Tel. 030 / 2028 – 1441

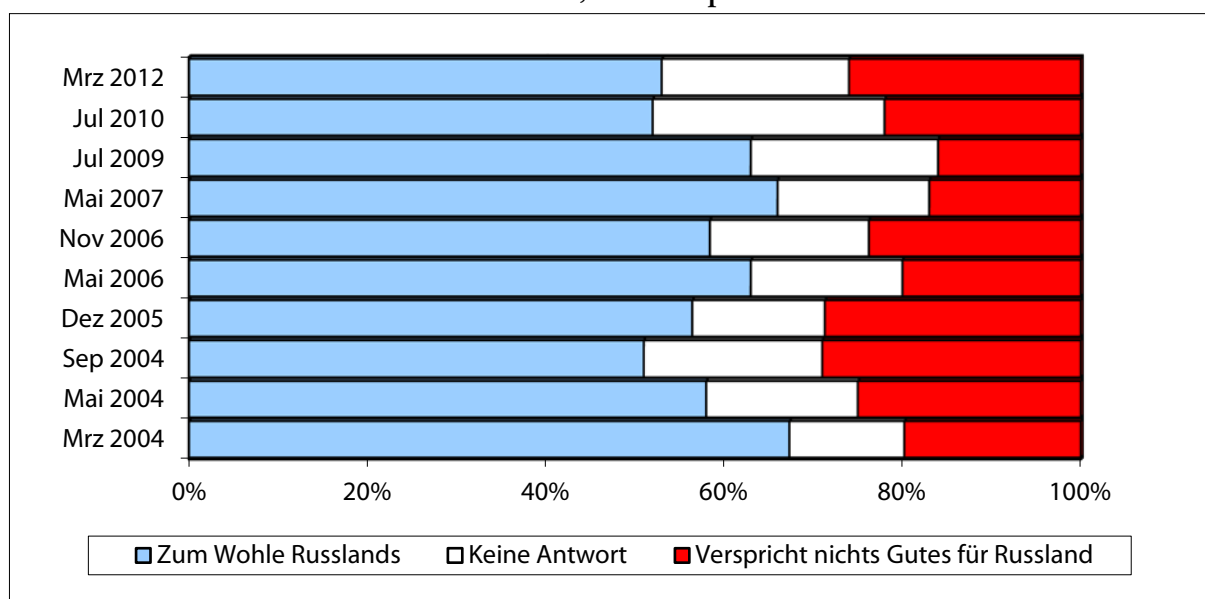
Mail: A.Metz@bdi.eu

UMFRAGE

Nachlese zu den Wahlen 2011 und 2012

Im Umfeld der Präsidentenwahlen am 4. März 2012 haben die russischen Meinungsforschungsinstitute eine Vielzahl von Umfragen durchgeführt, von denen wir hier eine Auswahl dokumentieren. Sie vermitteln in ihrer Widersprüchlichkeit einen plastischen Eindruck von der politischen Stimmung in der Bevölkerung am Vorabend der Amtseinführung des neuen alten Präsidenten Wladimir Putin.

Grafik 1: Ist es zum Wohle Russlands, dass Wladimir Putin erneut de facto die gesamte Macht des Landes in seinen Händen hält, oder verspricht dies nichts Gutes?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012,

<http://www.levada.ru/print/03-04-2012/tretii-srok-vladimira-putina-kakim-budet-politika-prezidenta-vypolnit-li-obeshchaniya>

Tabelle 1: Auf die Lösung welcher Probleme sollte sich Wladimir Putin nach seiner Wiederwahl in das Amt des Präsidenten, Ihrer Meinung nach, konzentrieren?

	April 2006	März 2008	März 2012
Wirtschaftliches Wachstum, wirtschaftlicher Aufschwung des Landes	73 %	59 %	59 %
Herstellung von Ordnung im Land	55 %	43 %	42 %
Einhaltung der Gesetze von Seiten der Staatsbürger und der Staatsmacht	-	30 %	28 %
Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit, Verbesserung der Lebensbedingungen einfacher Leute	62 %	53 %	44 %
Festigung der Demokratie, dem Schutz der persönlichen Rechte und Freiheiten	13 %	10 %	12 %
Stärkung der Rolle Russlands auf der internationalen Bühne	19 %	16 %	18 %
Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes	24 %	14 %	19 %
Entwicklung von Wissenschaft, Kultur und Bildung	31 %	23 %	21 %
Die Regulierung interethnischer Konflikte, Kampf gegen nationale Intoleranz	12 %	8 %	8 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Auf die Lösung welcher Probleme sollte sich Wladimir Putin nach seiner Wiederwahl in das Amt des Präsidenten, Ihrer Meinung nach, konzentrieren? (Fortsetzung)

	April 2006	März 2008	März 2012
Kriminalitätsbekämpfung	39 %	28 %	23 %
Korruptionsbekämpfung	-	35 %	46 %
Gewährleistung des Schutzes von Privateigentum, Förderung von privatem Unternehmertum	7 %	5 %	7 %
Geistige Wiedergeburt Russlands	17 %	11 %	13 %
Umweltschutz	16 %	10 %	7 %
Keine Antwort	1 %	2 %	5 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012,

<http://www.levada.ru/print/03-04-2012/tretii-srok-vladimira-putina-kakim-budet-politika-prezidenta-vypolnit-li-obeshchaniya>

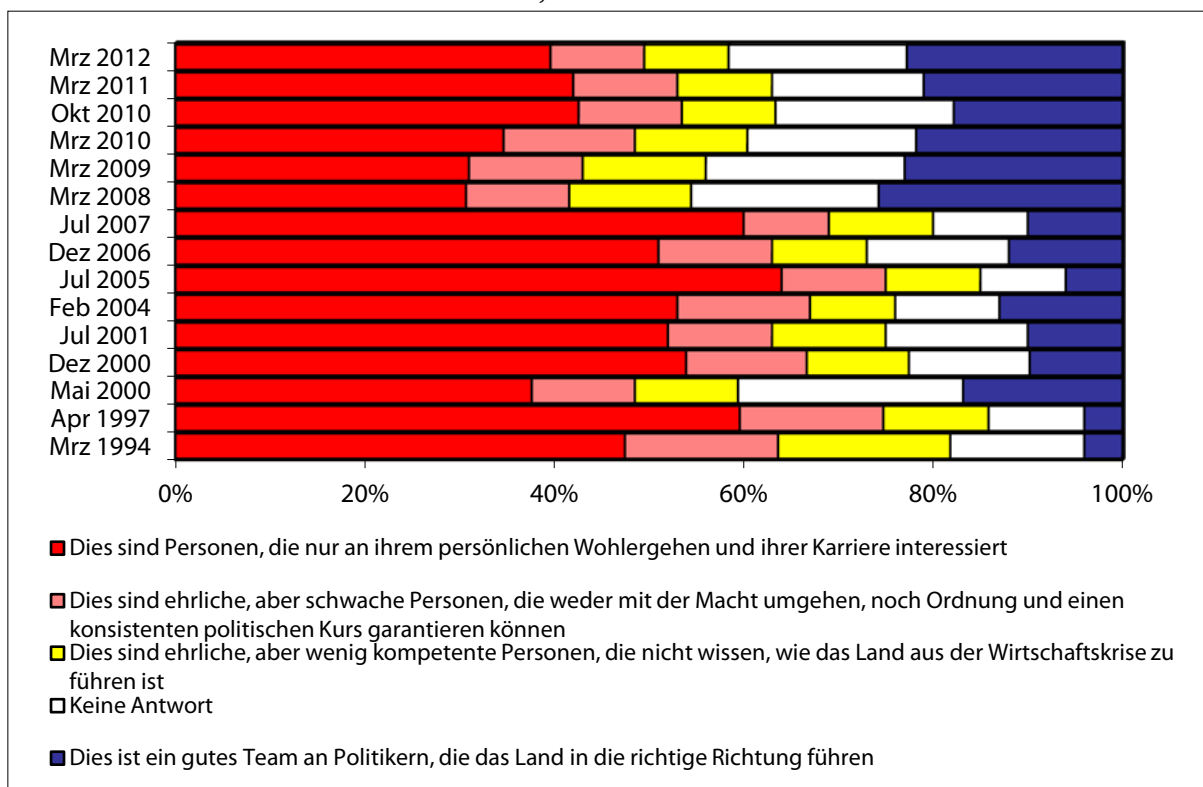
Tabelle 2: Wird Wladimir Putin Ihrer Meinung nach in den kommenden sechs Jahren seine Versprechen einlösen?

	Gehaltserhöhung der »Angestellten im öffentlichen Dienst« um das 2- bis 3-fache?	Die Schaffung von 25 Millionen neuer Arbeitsplätze in innovativen Sektoren?	Die Senkung der Inflationsrate auf 3–4 % pro Jahr?	Die Erhöhung der Arbeitseffektivität auf das Niveau europäischer Staaten?	Die Umrüstung der Armee mit neuer Militärtechnik, die der Rüstungsqualität der NATO entspricht?	Umfassender Straßenbau und Infrastrukturerwicklung im ganzen Land?	Senkung des Korruptionsniveaus um mindestens das 2- bis 3-fache?
Auf jeden Fall	11 %	5 %	5 %	5 %	12 %	8 %	5 %
Eher ja	42 %	31 %	31 %	28 %	45 %	42 %	20 %
Eher nein	28 %	31 %	34 %	35 %	21 %	27 %	34 %
Auf keinen Fall	9 %	15 %	13 %	17 %	9 %	12 %	26 %
Keine Antwort	11 %	17 %	17 %	15 %	13 %	11 %	14 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012,

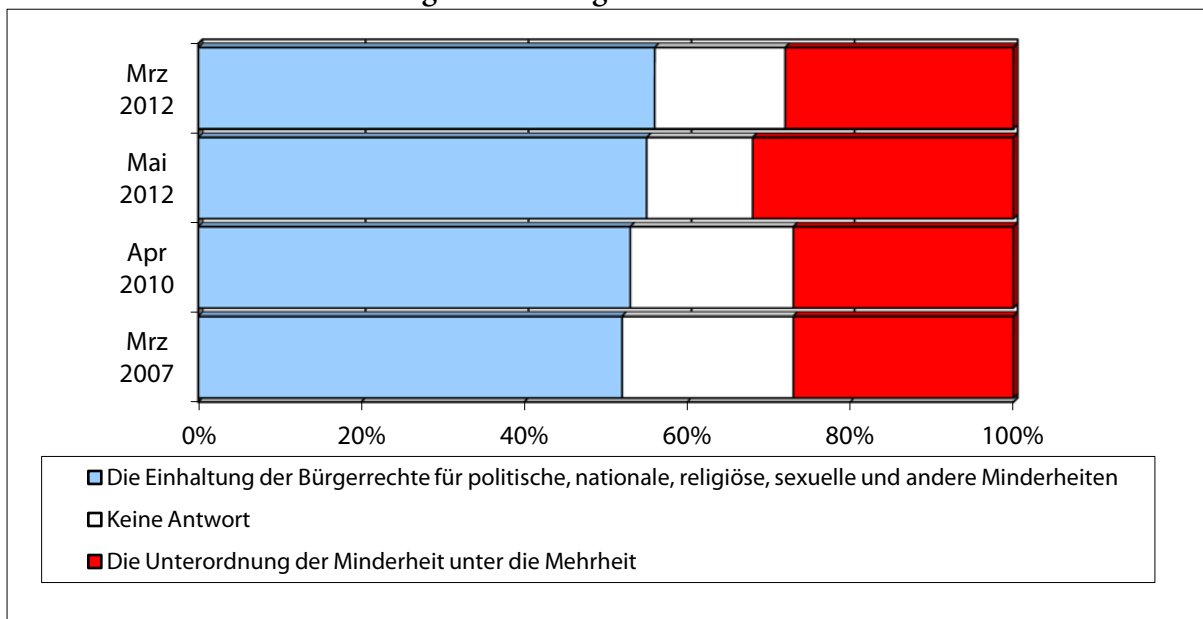
<http://www.levada.ru/print/03-04-2012/tretii-srok-vladimira-putina-kakim-budet-politika-prezidenta-vypolnit-li-obeshchaniya>

Grafik 2: Wie bewerten Sie die Personen, die sich aktuell an der Macht befinden?



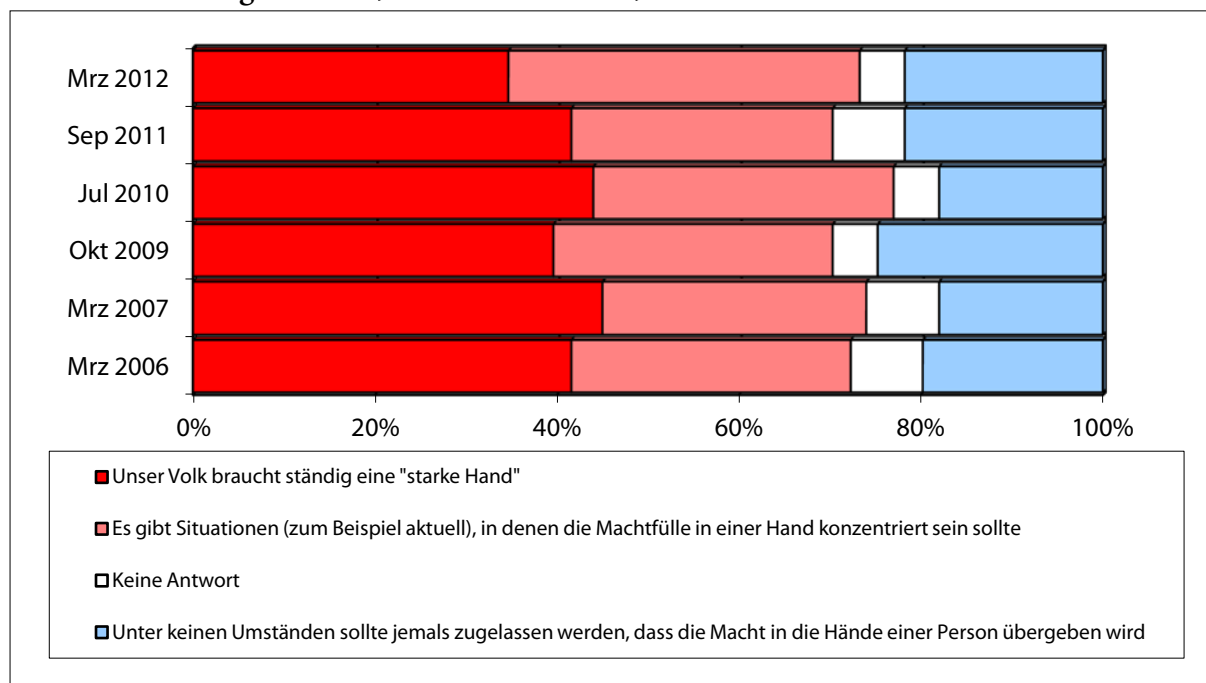
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012, <http://www.levada.ru/print/03-04-2012/rossiyane-o-politicheskoy-rezhime-i-lyudyakh-kotorym-prinadlezhit-vlast>

Grafik 3: Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012, <http://www.levada.ru/print/03-04-2012/rossiyane-o-politicheskoy-rezhime-i-lyudyakh-kotorym-prinadlezhit-vlast>

Grafik 4: Gibt es Situationen im Leben eines Landes, bei denen das Volk einen starken und mächtigen Führer, eine »starke Hand«, braucht?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012,

<http://www.levada.ru/print/03-04-2012/rossiyane-o-politicheskom-rezhime-i-lyudyakh-kotorym-prinadlezhit-vlast>

Tabelle 3: Präsidentschaftswahlen: Wie wählten die soziale Gruppen?

	Haben Sie an der Präsidentschaftswahl teilgenommen und wenn ja, für welchen Kandidaten haben Sie gestimmt (in % je Zeile)						
	Gennadij Sjuganow	Wladimir Zhirinowskij	Sergej Mironow	Michail Prochorow	Wladimir Putin	Stimmzettel ungültig gemacht	Weiß nicht mehr/ keine Antwort
Alter (bei dieser wie auch den weiteren Fragen, Einteilung in Bevölkerungsgruppen (prozentualer Anteil je Zeile), in Prozent derer, die zur Wahl gingen							
18–24 Jahre	9%	13%	2%	12%	53%	1%	10%
25–39 Jahre	8%	10%	4%	11%	55%	1%	12%
40–54 Jahre	19%	8%	5%	7%	49%	1%	10%
55 Jahre und älter	19%	3%	6%	4%	58%	1%	10%
Bildungsstand							
Hochschule / noch nicht abgeschlossen	13%	8%	3%	13%	53%	<1%	10%
Mittlere Allgemeine- / Mittlere Berufsausbildung	15%	7%	5%	6%	54%	1%	13%
Grundlegende Berufsausbildung (technische Fachschule)	21%	10%	6%	6%	51%	<1%	7%
Weniger als eine mittlere Berufsausbildung	10%	3%	5%	3%	71%	3%	6%

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Präsidentschaftswahlen: Wie wählten die soziale Gruppen? (Fortsetzung)

	Haben Sie an der Präsidentschaftswahl teilgenommen und wenn ja, für welchen Kandidaten haben Sie gestimmt (in % je Zeile)						
	Gennadij Sjuganow	Wladimir Zhirinowski	Sergej Mironow	Michail Prochorow	Wladimir Putin	Stimmzettel ungültig gemacht	Weiß nicht mehr/ keine Antwort
Art der Beschäftigung							
Unabhängiger Unternehmer	16 %	17 %	2 %	30 %	31 %	2 %	3 %
Leiter, leitender Angestellter	13 %	5 %	3 %	16 %	50 %	<1 %	12 %
Spezialist ohne leitende Funktion (mit Berufsausbildung)	14 %	8 %	5 %	9 %	52 %	<1 %	12 %
Angestellter des Innenministeriums, der Staatsanwaltschaft, des Untersuchungskomitees, des Justizministeriums	8 %	7 %	<1 %	<1 %	50 %	<1 %	36 %
Angestellter ohne Berufsausbildung	15 %	3 %	3 %	14 %	53 %	<1 %	12 %
Arbeiter (darunter Meister, Brigadier) unter anderem in der Landwirtschaft	12 %	10 %	5 %	5 %	55 %	2 %	12 %
Schüler, Student	6 %	15 %	3 %	13 %	50 %	2 %	12 %
Rentner, altersbedingt (nicht arbeitend)	20 %	3 %	6 %	4 %	59 %	<1 %	8 %
Rentner, krankheitsbedingt (nicht arbeitend)	18 %	4 %	7 %	3 %	59 %	<1 %	9 %
Hausfrau	9 %	9 %	1 %	4 %	69 %	<1 %	7 %
Arbeitslos, zeitweilig ohne Arbeit	15 %	21 %	6 %	6 %	40 %	1 %	10 %
Welcher der folgenden Bevölkerungsgruppe würden Sie sich am ehesten zuordnen?							
Uns reicht das Geld nicht einmal für die Ernährung	13 %	9 %	5 %	4 %	59 %	2 %	8 %
Das Geld reicht für die Ernährung, nicht aber für Kleidung	21 %	7 %	5 %	5 %	50 %	2 %	11 %
Das Geld reicht für Ernährung und Kleidung, teurere Anschaffungen, wie Fernseher oder Kühlschrank, bereiten uns Probleme	13 %	8 %	4 %	7 %	57 %	1 %	11 %
Wir können uns einzelne teure Dinge leisten, wie ein Fernseher oder Kühlschrank, aber kein Auto	14 %	8 %	5 %	12 %	52 %	<1 %	10 %
Wir können uns ein Auto kaufen, haben aber keine völlig unbegrenzten Mittel	18 %	9 %	14 %	16 %	33 %	<1 %	10 %

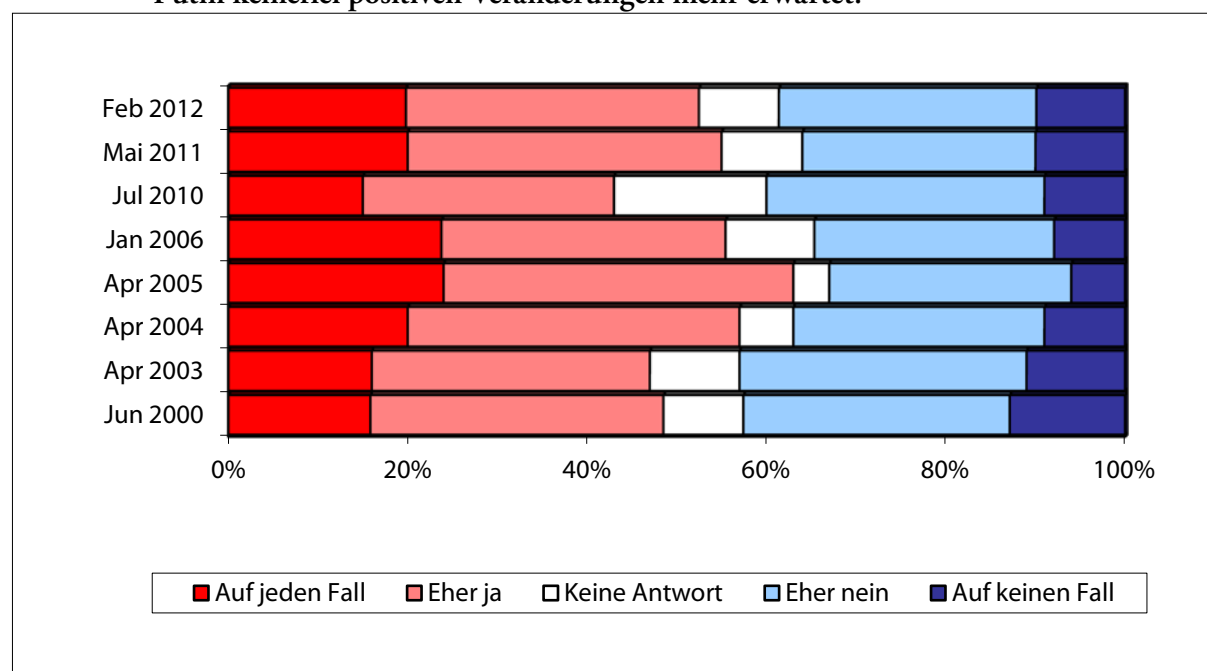
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Präsidentschaftswahlen: Wie wählten die soziale Gruppen? (Fortsetzung)

	Haben Sie an der Präsidentschaftswahl teilgenommen und wenn ja, für welchen Kandidaten haben Sie gestimmt (in % je Zeile)						
	Gennadij Sjuganow	Wladimir Zhirinowskij	Sergej Mironow	Michail Prochorow	Wladimir Putin	Stimmzettel ungültig gemacht	Weiß nicht mehr/ keine Antwort
Charakter des Wohnorts							
Moskau	21 %	9 %	8 %	11 %	39 %	1 %	11 %
Mehr als 500.000 Einwohner	15 %	9 %	5 %	8 %	51 %	<1 %	12 %
100.000 – 500.000 Einwohner	14 %	6 %	3 %	9 %	55 %	1 %	13 %
Stadt bis 100.000 Einwohner	14 %	9 %	4 %	7 %	55 %	2 %	10 %
Dorf	14 %	5 %	6 %	7 %	61 %	<1 %	8 %

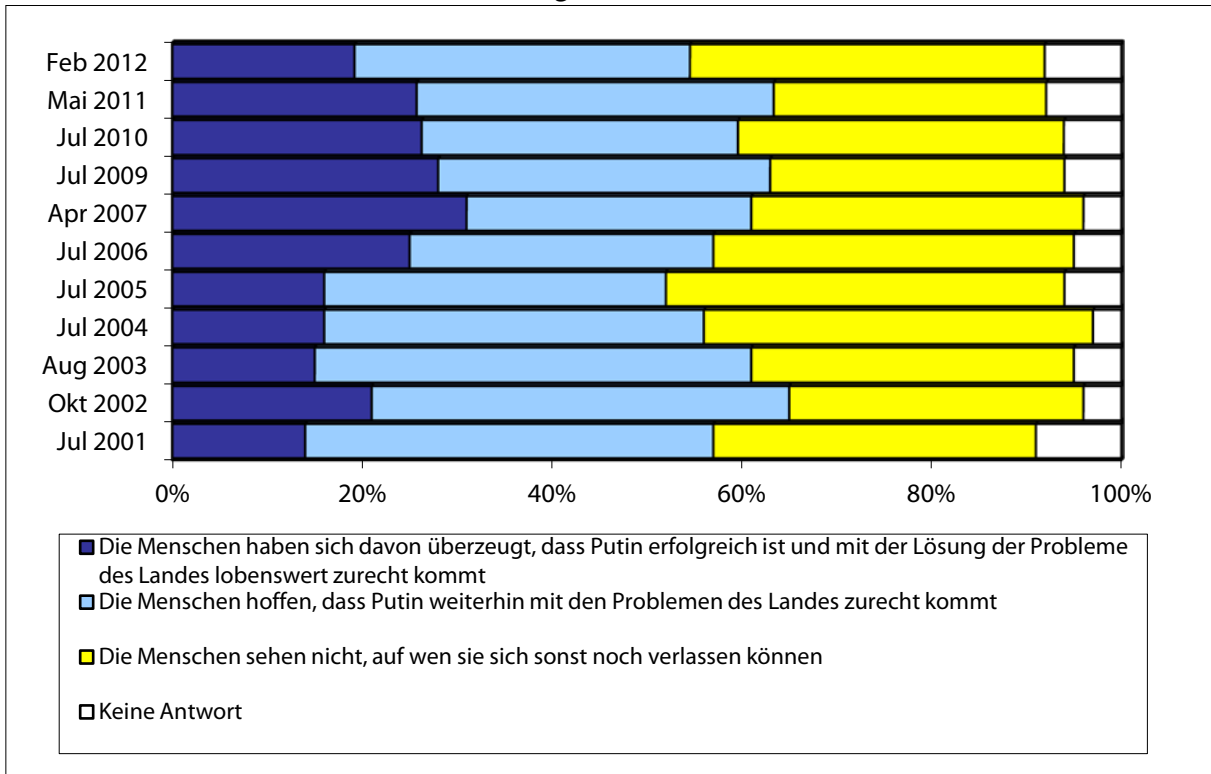
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19. März 2012, <http://www.levada.ru/print/27-03-2012/vybory-prezidenta-kak-golosovali-sotsialnye-gruppy>

Grafik 5: Stimmen Sie mit der Aussage überein, dass die russische Bevölkerung von Wladimir Putin keinerlei positiven Veränderungen mehr erwartet?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27. Februar 2012, <http://www.levada.ru/print/12-03-2012/rossiyane-o-edinoi-rossii-i-narodnom-fronte-politzyaklyuchennykh-i-imidzhe-v-putina>

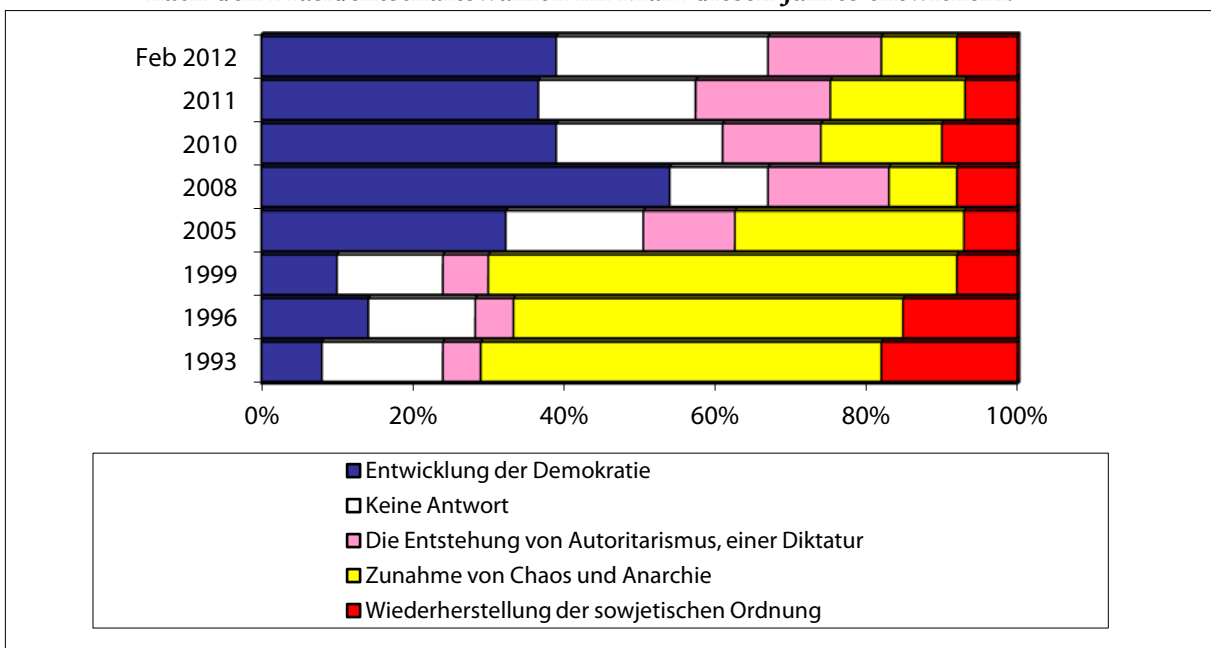
Grafik 6: Warum vertrauen Ihrer Meinung nach viele Menschen Wladimir Putin?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/12-03-2012/rossiyane-o-edinoi-rossii-i-narodnom-fronte-politzaklyuchennykh-i-imidzhe-v-putina>

Grafik 7: In welche Richtung wird sich Ihrer Meinung nach das politische Leben in Russland nach den Präsidentschaftswahlen im März diesen Jahres entwickeln?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/12-03-2012/izmenitsya-li-rossiya-posle-vyborov>

Tabelle 4: Verändert sich Russland nach den Wahlen?

	Oktober 2011	Februar 2012
Wie verändern sich Ihrer Meinung nach die Bedingungen zur Unternehmensführung in Russland nach den Präsidentschaftswahlen im März diesen Jahres?		
Verbessern sich wesentlich	4 %	5 %
Verbessern sich ein bisschen	27 %	24 %
Bleiben de facto unverändert	37 %	43 %
Verschlechtern sich ein bisschen	11 %	9 %
Verschlechtern sich erheblich	3 %	2 %
Keine Antwort	18 %	18 %
Wie verändert sich Ihrer Meinung nach die Situation um die »Kapitalflucht« aus Russland nach den Präsidentschaftswahlen im März diesen Jahres?		
Verbessern sich wesentlich	6 %	4 %
Verbessern sich ein bisschen	18 %	17 %
Bleiben de facto unverändert	42 %	43 %
Verschlechtern sich ein bisschen	11 %	12 %
Verschlechtern sich erheblich	3 %	4 %
Keine Antwort	20 %	21 %
Wie verändert sich Ihrer Meinung nach die Situation um die Ausreise der qualifiziertesten und perspektivreichsten Spezialisten aus Russland nach den Präsidentschaftswahlen im März diesen Jahres?		
Verbessern sich wesentlich	4 %	3 %
Verbessern sich ein bisschen	19 %	18 %
Bleiben de facto unverändert	46 %	46 %
Verschlechtern sich ein bisschen	11 %	10 %
Verschlechtern sich erheblich	3 %	5 %
Keine Antwort	18 %	11 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27. Februar 2012,
<http://www.levada.ru/print/12-03-2012/izmenitsya-li-rossiya-posle-vyborov>

Vom 14. April bis zum 3. Mai 2012

14.04.2012	In der Nacht zum orthodoxen Ostersonntag finden in allen russisch-orthodoxen Kirchen Ostergottesdienste statt. Präsident Dmitrij Medwedew und seine Frau, Ministerpräsident Wladimir Putin, Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin sowie weitere Politiker nehmen in der Moskauer Christ-Erlöser-Kirche am zentralen Gottesdienst teil.
16.04.2012	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellt fest, dass die Erschießung polnischer Offiziere bei Katyn im Jahr 1940 ein Kriegsverbrechen gewesen sei. Entgegen der Forderung von Angehörigen der Opfer wird eine erneute Untersuchung des Verbrechens vor russischen Gerichten nicht verlangt.
17.04.2012	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen Erlass, nach dem zum 01.01.2013 ein öffentlicher Fernsehsender eingerichtet wird. Der Generaldirektor, gleichzeitig Chefredakteur des Fernsehsenders, wird vom Präsidenten für maximal vier Jahre ernannt.
18.04.2012	Das Times-Magazin veröffentlicht eine Liste der 100 einflussreichsten Personen der Welt im Jahr 2011. Einziger russischer Vertreter ist der Blogger und Oppositionelle Aleksej Nawalnij.
19.04.2012	In Chasawjurt (Dagestan) werden bei einer Fahrzeugkontrolle durch Schusswechsel drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
19.04.2012	Wladimir Pligin, Vorsitzender des Dumakomitees für Verfassungsgesetzgebung, gibt bekannt, dass 143 Organisationen einen Antrag zur Parteienregistrierung im Justizministerium eingereicht haben.
20.04.2012	Präsident Dmitrij Medwedew enthebt den Gouverneur des Gebietes Smolensk, Sergej Antufjew, auf eigenen Wunsch seines Amtes. Aleksej Ostrowskij, Dumaabgeordneter der LDPR-Fraktion, übernimmt vorläufig die Amtsgeschäfte. »Einiges Russland« hatte bei den Dumawahlen im Gebiet Smolensk 36,2 % der Stimmen erzielt.
21.04.2012	Unweit von Shukowskij (Moskauer Gebiet) demonstrieren ca. 200 Personen gegen einen Straßenbau durch den Wald von Zagowskij. Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Waldarbeitern, Sicherheitskräften und Demonstranten. 36 Personen werden vorübergehend festgenommen.
21.04.2012	In Uljanowsk organisiert die Kommunistische Partei eine Demonstration gegen den geplanten Umschlag der NATO für Nachschub nach Afghanistan. Gennadij Sjuganow, Parteivorsitzender, sowie Sergej Udaltow, Anführer der »Linken Front«, sprechen vor den ca. 1.000 Demonstranten.
22.04.2012	Um die Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale findet ein Gottesdienst »zum Schutz des Glaubens, geschändeter Heiligtümer, der Kirche und ihres guten Rufes« statt. Patriarch Kirill leitet den vierstündigen Gottesdienst vor ca. 50.000 Gläubigen. Die orthodoxe Kirche reagiert damit auf »Angriffe« in den vergangenen Wochen, darunter einer Performance der Punk-Gruppe »Pussy Riot« in der Christ-Erlöser-Kirche. Drei Tage zuvor ist die Untersuchungshaft der drei beteiligten Frauen bis zum 24. Juni 2012 verlängert worden.
22.04.2012	Bei einem Einsatz der Sicherheitskräfte im Rayon Gudermes (Tschetschenien) werden zwei Untergrundkämpfer sowie zwei Polizisten getötet.
23.04.2012	Präsident Dmitrij Medwedew begnadigt 14 Strafgefangene. Einer von ihnen ist Sergej Mochnatkin. Er ist wegen Angriffs auf einen Polizisten während einer der traditionellen Strategie-31-Demonstration zu 2,5 Jahren Haft verurteilt worden.
24.04.2012	Auf der erweiterten Staatsratssitzung zieht Präsident Dmitrij Medwedew Bilanz und entwickelt sein Programm für die kommenden Regierungsjahre. Zu den Prioritäten der künftigen Regierung sollen der Kampf gegen Inflation, Armut und Arbeitslosigkeit, die Reform des Rentensystems sowie die Sicherung der Freiheiten und Rechte der Staatsbürger gehören. In den kommenden fünf Jahren soll Russland auf internationalen Ratings zur Unternehmensführung von Platz 120 auf Platz 40 ansteigen, bis 2020 soll es unter die ersten 20 der unternehmensfreundlichsten Länder klettern. Der Anteil der Bevölkerung unterhalb des Existenzminimums soll auf 10 % gesenkt werden (Ende 2011, 12,8 %).
24.04.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft sich mit Funktionären der Partei »Einiges Russland«. Er erklärt, dass der Präsident eine überparteiliche Figur für alle politischen Kräfte und Staatsbürger sein sollte und er nach seiner Inauguration als Präsident am 7. Mai den Vorsitz der Partei abgeben wird. Er empfiehlt, Dmitrij Medwedew, den er als Ministerpräsidenten vorschlagen wird, auf dem Parteitag am 26. Mai zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen.
24.04.2012	In Moskau findet die konstituierende Versammlung der Bewegung »Linke Allianz« unter dem Vorsitz von Gennadij Gudkow, Co-Vorsitzender der Partei »Gerechtes Russland«, statt. Ziel ist die Gründung einer gemeinsamen linken Partei in Russland.

24.04.2012	Oleg Schein, unterlegener Bürgermeisterkandidat der Partei »Gerechtes Russland« in Astrachan, beendet nach 39 Tagen seinen Hungerstreik, mit dem er gegen die Fälschungen bei der Bürgermeisterwahl protestiert hat.
24.04.2012	Bei einer Fahrzeugkontrolle in Chasawjurt (Dagestan) kommt es zu einem Feuergefecht. Dabei werden drei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
25.04.2012	Dmitrij Rogosin, Vizepremierminister, wird von seiner Aufgabe als Sondergesandter des Präsidenten bei der NATO für Fragen des Raketenabwehrsystems entbunden. Er behält jedoch den Vorsitz einer entsprechenden Arbeitsgruppe in der Präsidialadministration.
25.04.2012	Die russische Staatsduma nimmt in dritter Lesung die Novelle zum Wahlgesetz an. In Zukunft müssen bei Präsidentschaftswahlen Vertreter von nicht im Parlament vertretenen Parteien 100.000, Direktkandidaten 300.000 Unterschriften vorlegen.
25.04.2012	Die Staatsduma nimmt in dritter Lesung das Gesetz zur Direktwahl der Gouverneure an. Ein Parteikandidat muss von 5–10 % der Abgeordneten des Regionalparlaments unterstützt werden, ein Direktkandidat Unterschriften von 0,5–2 % der Wahlberechtigten vorlegen, je nach regionaler Gesetzgebung. Der Präsident erhält das Recht, die Kandidaten zur Konsultation vorzuladen.
26.04.2012	Dem Beispiel von St. Petersburg folgend verabschiedet das Regionalparlament des Gebiets Nowosibirsk eine Gesetzesänderung, nach der die Propagierung von Homosexualität unter Minderjährigen unter Strafe gestellt wird.
26.04.2012	Im Rayon Tscherschow (Gebiet Irkutsk) wird der Notstand ausgerufen, nachdem am Vortag ca. zwei Tonnen Ölprodukte in den Fluss Angara geflossen sind. Die Angara dient ca. 77 Tausend Einwohnern als Trinkwasserquelle.
26.04.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft zu einem fast zweistündigen Fernsehinterview mit Vertretern von »Erster Kanal«, »Rossija«, »NTV«, »Ren-TV« sowie des kritischen Internetsenders »Doshd/Regen« zusammen. Er erklärt u. a., dass das Tandem mit Putin noch lange fortbestehen und er den Parteivorsitz von »Einiges Russland« übernehmen wird.
26.04.2012	Das Regionalparlament im Bezirk Smolensk wählt den Dumaabgeordneten der LDPR-Fraktion, Aleksej Ostrowskij, einstimmig zum neuen Gouverneur.
27.04.2012	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt den Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, Generaloberst Alexander Selin, in den Ruhestand. Generaloberst Alexander Postnikow-Strelzow, bisher Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, wird zum Stellvertretenden Generalstabschef ernannt. Sein Nachfolger wird Generaloberst Wladimir Tschirkin, bisher Befehlshaber im Zentralen Militärbezirk.
27.04.2012	Dmitrij Medwedew gibt auf einem Treffen mit Funktionären der Partei »Einiges Russland« bekannt, dass er der Partei beitreten wird, und erklärt offiziell seine Bereitschaft, den Vorsitz der Partei zu übernehmen. Seine eigene politische Überzeugung bezeichnet er als konservativ – im Zentrum stehe bei ihm die Idee der sozialen Marktwirtschaft.
28.04.2012	Präsident Medwedew entlässt den Leiter der Präsidialabteilung für interregionale und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, Sergej Winokurow. Zum Nachfolger wird Wladimir Tschernow ernannt.
28.04.2012	Dmitrij Medwedew entlässt Oleg Tschirkunow, Gouverneur des Bezirks Perm, auf dessen eigene Bitte hin vorzeitig aus dem Amt. »Einiges Russland« hat bei den Dumawahlen in Perm 36,3 % der Stimmen erhalten. Die Amtsgeschäfte übernimmt Viktor Basargin, der Minister für Regionale Entwicklung. An dessen Stelle tritt der Stellvertretende Minister, Wladimir Tokarew. Auch Sergej Wachrukow, Gouverneur des Gebiets Jaroslawl, wird auf eigenen Wunsch hin von seinem Amt entbunden. »Einiges Russland« erzielte in Jaroslawl bei den Dumawahlen 29 %. Vizegouverneur Sergej Jastrebow übernimmt die Amtsgeschäfte.
28.04.2012	Präsident Medwedew leitet zum letzten Mal die Sitzung des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten. Jelena Panfilowa, Vorsitzende von Transparency Russland, kündigt an, an einem zukünftigen Rat unter Präsident Wladimir Putin nicht mehr teilnehmen zu wollen.
30.04.2012	In einem Bericht vor dem Föderationsrat zum Zustand der Rechtlichkeit und der Rechtsordnung in Russland im Jahr 2011 erklärt Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka, dass bei den Dumawahlen 2011 zahlreiche Verletzungen der Wahlgesetzgebung festgestellt worden seien. Diese hätten jedoch das Wahlergebnis nicht beeinflusst.

30.04.2012	Präsident Medwedew unterzeichnet das Dokument über die »Grundlagen der staatlichen Politik im Bereich der ökologischen Entwicklung der Russischen Föderation bis 2030«. Als zentrale Herausforderungen gelten Luftverschmutzung, Wasserqualität und Bodenerosion. Zentrale Ziele sind ein ökologisches Wirtschaftswachstum und der Erhalt der Umwelt, der Artenvielfalt und der natürlichen Ressourcen. Zudem soll eine staatliche Umweltüberwachung, die Förderung von Umweltbildung und die öffentliche Beteiligung bei Umweltfragen angestrebt werden.
01.05.2012	In vielen Städten Russlands finden Demonstrationen zum »Tag des Frühlings und der Arbeit« statt. In Moskau versammeln sich ca. 120.000 Menschen bei einer Demonstration der »Föderation unabhängiger Gewerkschaften Russlands«, der Partei »Einiges Russland« sowie deren Jugendorganisation »Junge Garde«. Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin nehmen an der Demonstration teil.
01.05.2012	Die Nichtregierungsorganisation Freedom House veröffentlicht den jährlichen Bericht zur Lage der Pressefreiheit in der Welt. Die Position Russlands hat sich auf Grund von Satellitenfernsehen und erhöhter Internetaktivität um einen Platz auf den 172. verbessert, Russland wird jedoch weiterhin als nicht frei eingestuft.
02.05.2012	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt Walerij Gajewskij, den Gouverneur des Gebietes Stawropol, auf dessen eigenen Wunsch aus dem Amt. Walerij Serenkow, Dumaabgeordneter von »Einiges Russland«, übernimmt vorübergehend die Stellvertretung.
02.05.2012	Bei einer Explosion von Munition im Gebiet Nizhegorodsk werden vier Soldaten getötet und fünf weitere verletzt.
03. – 04.05.2012	In Moskau findet eine internationale Konferenz zu Problemen der Raketenabwehr statt. Auf Einladung des russischen Verteidigungsministeriums kommen ca. 200 Experten und Vertreter aus über 50 Staaten zusammen. Von russischer Seite wird in informeller Atmosphäre versucht, die eigene Besorgnis über die Pläne der NATO vor deren Gipfel in Chicago hervorzuheben und gleichzeitig auf mögliche russische Reaktionen hinzuweisen.
03.05.2012	Präsident Dmitrij Medwedew verleiht Wladimir Tschurow, dem Leiter der Zentralen Wahlkommission, den Alexander Newskij-Orden, der an Personen verliehen wird, die dem Land besondere Verdienste geleistet haben.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964, darunter auch den Zeitraum vom 23.03.2012 bis zum 13.04.2012, der aufgrund der Osterpause nicht von den Russland-Analysen abgedeckt wurde, auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de